Nr. 33. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 9. Februar 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Hamburger Streik.

Der Löwe ist niedergehetzt und die bürgerliche Presse kühlt ihr Müthchen mit dem Eselstritt, dieser Ursitte niedriger Seelen. Der Löwe liegt am Boden — und triumphirend umstehn sie ihn, die feisten Ritter des Geldsacks mit ihrem Gesinde. Und triumphirend ertönt der Ruf:

„Von diesem Schlag wird die Sozialdemokratie sich nicht wieder erholen —, das war ein Stoß ins Herz!"

Die Sozialdemokratie, Ihr Herren? Müßt Ihr denn noch immer Komödie spielen, auch nachdem Ihr „gesiegt" und mit Hilfe des Winters, der Behörden und des christlichen Staates an hungernden und frierenden Arbeitern Euer Müthchen gekühlt habt?

Doch seien wir nicht ungerecht — dem Verdienste seine Krone. Sie waren klug und weise, die Herren Rheder von Hamburg, sie nebst ihren Helfershelfern. Schlau und richtig haben sie die Wirkungen des Hungers berechnet, des Hungers, dem ein grausamer Winter zu Hilfe kam und die Behörden, welche nicht dulden konnten, daß die armen schwachen Rheder von den übermüthigen, übermächtigen Hafenarbeitern mit Füßen getreten, an die Wand gedrückt wurden — und die deshalb, der Aufgabe des kapitalistischen Staates eingedenk, den armen Reichen kräftigen und nachhaltigen Beistand gewährten. Der Hunger hat seine Schuldigkeit gethan; der Winter hat seine Schuldigkeit gethan; der Staat hat seine Schuldigkeit gethan; die Polizei hat ihre Schuldigkeit gethan; das Unternehmerthum hat seine Schuldigkeit gethan; die Hausbesitzer, welche die frierenden Rebellen mit Frau und Kind vor die Thüre setzten, hinaus in Schnee, Eis und beißende Kälte — sie haben ihre Schuldigkeit gethan. Alles hat seine Schuldigkeit gethan, worauf die Herren Rheder gerechnet hatten. Alles hat geklappt — es ging alles am Schnürchen. Nach der Seite hin haben sie schlau und richtig gerechnet, die Herren.

Nach einer anderen Seite hin haben sie aber falsch gerechnet, weil sie die Rechnung ohne den Wirth machten, das heißt: ohne die deutschen Arbeiter.

„Der Hamburger Streik ist von der Sozialdemokratie entzündet worden, wird von der Sozialdemokratie unterstützt" — so log und so rechnete die satte Moral der nothleidenden Rheder — zeigen wir den Ausständigen, „zeigen wir den deutschen Arbeitern überhaupt, daß die Sozialdemokratie, von welcher aufgehetzt, und im Vertrauen auf welche die Hamburger Hafenarbeiter den Streik begannen, nicht die Mittel hat, ihren leichtgläubigen Opfern die nothwendige und versprochene Unterstützung angedeihen zu lassen. Das Schicksal der Hamburger Hafenarbeiter soll ein warnendes Exempel für alle Arbeiter sein, damit sie nicht länger ihre Hoffnungen auf die Sozialdemokraten setzen. Und vor allem sollen die Hamburger Arbeiter am eigenen Leibe fühlen, was sie von der Sozialdemokratie zu erwarten haben, wenn sie in Bedrängniß gerathen sind, weil sie, der Sozialdemokratie zu Lieb, sich in einen Kampf gestürzt haben, dessen siegreiche Beendigung sie von dem Beistand der Sozialdemokratie erhofften. Das Mißlingen des Streiks muß zur Folge haben, daß die Hamburger Hafenarbeiter sich von der Sozialdemokratie lostrennen, und daß Hamburg, jetzt die Hochburg der Sozialdemokratie, wieder zurückkehren muß in den Schafstall der alleinseligmachenden Kirche des Kapitalismus, der da die irdische Seligkeit spendet dem auserwählten Drohnen-Volke des goldenen Kalbs und die himmlische Seligkeit den Arbeitsbienen, falls sie hübsch zufrieden, gehorsam und demüthig sind auf Erden.

„Und die andere und weitere Folge muß sein, daß die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands durch das Exempel, welches wir, die christlichen Rheder mit sammt unseren christlichen Brüdern im Geldsack, an den Hamburger Hafenarbeitern statuirt haben, von dem unheilvollen Irrthum geheilt wird, die Sozialdemokratie könne ihnen erfolgreichen Vorschub leisten, ihnen in einer Rebellion gegen das Kapital zum Siege verhelfen. Die Arbeiter Hamburgs und des übrigen Deutschlands sollen lernen, daß die Sozialdemokratie wohl die Gewissenlosigkeit hat, die Arbeiter in den Kampf mit dem Kapital zu treiben, daß sie aber entweder nicht den Willen oder nicht die Kraft hat, ihnen zu nützen, daß also, wer auf die Sozialdemokratie baut, verlassen ist und verrathen!" — —

So rechneten die pfiffigen Herrn Rheder.

O wie dumm sie gerechnet haben!

Wie wenig sie das Arbeiterherz kennen! Wie wenig sie das Menschenherz kennen. Die Hamburger Arbeiter, die sehr wohl wissen, daß die Sozialdemokratie vom Streik abgerathen hat, sind nicht die stumpfsinnigen Idioten, für welche die Herren Rheder sie halten. Sie wissen, wer sie durch den Hunger zur Unterwerfung hat bringen wollen, und sie wissen, wer in diesen elf langen, langen Wochen des Streiks ihnen Brot dargereicht hat, das die Spender sich am Munde absparten.

Sie müßten ja keine Menschen sein, wenn nicht ingrimmiger Haß sie erfüllte gegen die „Organisatoren des Hungers", wie der Franzose diese Sorte von Wohlthätern der Menschheit nennt. Und die Arbeiter des übrigen Deutschland — die Hunderttausende, die ihre Pfennige, ihre sauer verdienten Arbeitergroschen hingaben, um den kämpfenden Brüdern in Hamburg Proviant und Munition zu schaffen — sie sollen sich jetzt den Rhedern in die Arme werfen, weil die Schlacht verloren ging! O, der Arbeiter geht nicht nach dem Erfolg wie der Anbeter des Geldsacks, er ändert seine Ueberzeugung nicht mit dem Winde. Die anderthalb Millionen Mark, welche die Arbeiter sich in den letzten Monaten abgedarbt haben, um den bedrängten Brüdern an der „Wasserkant" zu helfen, sie sind nicht zu vergleichen mit der Pharisäergabe des Reichen, der für die unglücklichen Armenier über die Köpfe der unglücklicheren Landsleute hinweg ein paar hundert oder tausend Mark „schenkt", die nächsten Tags in der Zeitung stehen, und zur standesgemäßen Repräsentation gehören, wie der Lackei und dessen goldbetreßte Livree. Das sind Scherflein, wie die der Wittwe, von der das Evangelium erzählt — Scherflein der Armen, für deren Fühlen und Denken diese praktischen Musterchristen kein Verständniß haben. Die Hunderte und Tausende, die der Reiche als Almosen hinwirft, sie ändern nicht seinen Ueberfluß; er trinkt darum keine Flasche Champagner weniger. Aber die Pfennige, die Groschen des Armen, die er dem leidenden, kämpfenden Bruder in die Hand drückt — sie bedeuten eine Entbehrung in seinem und der Seinigen Haushalt, der auf das allernothwendigste zugespitzt ist. Tausende von deutschen Arbeiterfamilien haben heuer den Kindern keinen Weihnachtsbaum angezündet, damit die Hamburger nicht hungern sollten. Das war groß, das war ruhmvoll und heldenhaft — größer, ruhmvoller und heldenhafter, als alle Heldenthaten der Blut- und Eisenpolitik zusammengenommen. Und so etwas vergißt sich nicht. Das brennt sich dem Gedächtniß ein. An jedem Pfennig und Groschen, den die deutschen Arbeiter für Hamburg hingaben, klebt nicht blos der Arbeiterschweiß, es klebt auch ein Schwur daran, der Schwur Hannibal's: Keine Versöhnung! Kampf ohne Waffenstillstand! Revanche! Oder auf Deutsch gesagt: Abrechnung und Sühne!

Sie wird kommen, die Abrechnung, die Sühne!

Jetzt nehmen wir die Uhr in die Hand und rechnen, wie lange es noch dauern kann, bis der Masse des Volkes die Schuppen von den Augen gefallen und den Arbeitern ihr Recht wird, trotz alledem! —

Doch wir sind geschlagen! Die Hamburger und mit den Hamburgern wir!

Ja wir sind geschlagen. Wir wollen die Größe der Niederlage nicht verkleinern. Nichts thörichter, als sich selbst täuschen. Das ist sich selbst betrügen. Und Selbstbetrug im politischen Kampf ist: für den Gegner arbeiten, sich den Weg zur Niederlage pflastern.

Ja wir, die Arbeiter, sind geschlagen. Aber es giebt Niederlagen und Niederlagen. Niederlagen, welche die Auflösung ankündigen und Niederlagen, welche den Sieg vorbereiten.

In dem Kampf, der in dieser Niederlage geendigt, steckt soviel Ausdauer, Zähigkeit, Disziplin, Heldenmuth, Gemeinsinn und Opferwilligkeit, daß wir stolz sind auf diese Niederlage, daß wir durch sie gestärkt sind, aus ihr die Gewißheit des Sieges schöpfen.

Es giebt Niederlagen, die für die Unterliegenden mehr werth sind, als ein Sieg. Eine solche Niederlage war die Pariser Kommune, die trotz des Unterganges ihrer Kämpfer ihren Zweck erfüllte: die Rettung der Republik, und für die Arbeiter aller Länder ein leuchtendes Beispiel ward, eine Quelle der Begeisterung und Kraft, der Ausgangspunkt einer neuen, stärkeren Bewegung, eine mächtig vorgeschobene Etappe auf dem Wege zum endgiltigen Sieg. Aehnlich der Hamburger Streik. Er ist mehr werth für uns als ein Sieg. Hätten die Rheder nach der zweiten Woche, statt das Schiedsgericht trotzig und protzig zurückzuweisen, die Bedingungen der Arbeiter angenommen, so wäre das ein Lohnkampf gewesen, wie wir deren schon hunderte gehabt. Durch die Verlängerung des Kampfes, durch die Art, wie er geführt wurde, durch die Bundesgenossenschaft, Hilfe und Protektion, welche die Rheder gefunden haben, ist der Hamburger Streik ein kulturhistorisch und politisch hoch bedeutsames, ja epochales Ereigniß geworden, ein Wendepunkt in unserer Geschichte. Und ein klärendes Ereigniß in des Wortes weitestem Sinn. Das schillernde, blendende, den Blick hemmende Nebelgewölk von sozialem Königthum und Kaiserthum, alles weggeblasen, weggefegt, die Luft gereinigt. Es ist, als ob alle unsere Feinde sich gegen sich selbst verschworen und sich zusammengethan hätten, um Zeugniß abzulegen für die Wahrheit der sozialistischen Lehre und um Alle zu bekehren, die unsere Lehre noch nicht begriffen hatten — um Zeugniß abzulegen für die Wahrheit, daß der heutige Staat seiner Natur und seinem Wesen nach ein Klassenstaat ist. —

Das Nebelgewölk ist zerstoben, die Maske ist gefallen, und es giebt in Deutschland keinen Arbeiter mehr, der nicht wüßte, wer und was der heutige Staat ist.

Das allein ist ein Gewinn, so groß, daß die ungeheuren Opfer, die gebracht wurden, winzig erscheinen!

Und was haben die Feinde gewonnen? Nichts.

Das Koalitionsrecht, das sie den deutschen Arbeitern zu entreißen gedachten, es steht fest — wie die französische Republik fest stand nach der Niederlage der Kommune. Die Feinde werden und können nicht wagen, das anzutasten, was in Hamburg so tapfer vertheidigt ward.

Gewiß es ist keine Redensart, es entspricht den nüchternen Thatsachen: der Hamburger Streik ist eine jener Niederlagen, die mehr werth sind als Siege. Die Unternehmer haben ihn zu einer Kraftprobe benützt. Er hat uns die ganze Macht unserer Feinde gezeigt. Er hat uns gezeigt, daß wir sie, die Geeinten, noch nicht überwinden können. Er hat aber der gesammten deutschen Arbeiterschaft, so weit sie noch an den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft glaubte, den handgreiflichen Beweis geliefert, daß sie einem Trugbild nachjagte und daß die Sozialdemokratie recht hat, die den Arbeitern sagt: die Befreiung der Arbeiter kann allein durch die Arbeiter selbst erkämpft werden.

Diese Erkenntniß, die unsere Feinde vermittelst des Hamburger Streiks den deutschen Arbeitern aufgezwungen, in den Schädel gehämmert haben, sichert uns einen Zuwachs von Kräften ausreichend, um uns in genau absehbarer Zeit stärker zu machen, als unsere vereinigten Feinde.

Der Hamburger Streik hat uns eine Niederlage gebracht, aber eine Niederlage, die den künftigen Sieg in sich schließt.

Drum noch einmal: Hoch der Hamburger Streik!

Ein Rückblick.

Heute vor einem Jahr brach in Berlin ein großer denkwürdiger Arbeiterkampf aus. Nachdem die Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins vergeblich versucht hatten, durch friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Besserung ihrer überaus traurigen Lage zu erzielen, blieb ihnen nur übrig, die Arbeit einzustellen. In 14 überfüllten, meistens polizeilich abgesperrten Versammlungen wurde am Abend des 9. Februar der Streik beschlossen.

Daß die Aermsten der Armen, die von Großkonfektionären und Zwischenmeistern ausgebeuteten Hausindustriellen in einer Industrie, die einer kleinen Anzahl von Unternehmern jährlich viele Millionen einbringt, gezwungen waren in den Streik einzutreten, war ein Ereigniß, welches selbst das Interesse solcher Kreise wachrief, die den Arbeiterkämpfen sonst gleichgiltig, wenn nicht völlig indifferent gegenüberstehen.

Mit geringer Ausnahme trat die öffentliche Meinung ausschließlich für die ausgebeuteten Konfektionsarbeiter ein. Am 12. Februar beschäftigte sich der Deutsche Reichstag mit dem Konfektionsarbeiter-Elend. Und unter der Wucht der Thatsachen mußten die Vertreter aller Parteien die dringende Nothwendigkeit gründlicher Aenderung der Arbeitsverhältnisse in der Konfektionsindustrie zugestehen. Sogar der nationalliberale Abg. v. Heyl verlangte sofortige Reformen. Eingehender Erhebungen, erklärte er, bedürfe es nicht mehr; das vorhandene Material reiche vollständig aus.

Bald spielte sich noch ein Vorgang ab, der bewies, daß schnelle und durchgreifende Schutzmaßregeln nothwendig waren. Die Berliner Herren- und Knabenkonfektionäre brachen ihr vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gegebenes Wort und traten einseitig von den getroffenen Vereinbarungen zurück. Die gesammte öffentliche Meinung war entrüstet; fast die gesammte Presse war in der Verurtheilung dieses unerhörten Treubruchs einig und verlangte ein energisches Eingreifen der Gesetzgebung.

Jetzt sind die Ermittelungen über die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion abgeschlossen und die Ergebnisse der Erhebungen, bearbeitet im kaiserlichen statistischen Amt, sind kürzlich in Druck erschienen.

Wie die 87er Enquete, so hat auch diese, nur noch eingehender und umfangreicher bestätigt, daß schwere Mißstände in der Konfektionsbranche vorhanden sind. Der amtliche Bericht enthält fast nur trübe Kapitel; nur in bezug auf die Wirkungen des Zwischenmeistersystems und die sittlichen Zustände in der Branche, lauten die Urtheile etwas günstiger, als diese Verhältnisse bisher im allgemeinen geschildert wurden. Was die sittlichen Zuständeanlangt, so liegt nach dem amtlichen Protokoll „für den objektiven Beurtheiler des zu Gebote stehenden Materials aber auch in dieser Beziehung kein Grund vor, eine besondere Verbreitung dieses Uebelstandes in der Konfektion zu konstatiren." Das Material hierzu ist von den Polizeibehörden zusammengetragen und bei dem heiklen Gegenstande ist schon erklärlich, daß mancherlei Uebelstände nicht erforscht sind. Die Untersuchenden waren Männer, und kein Gebiet der Erforschung sozialer Mißstände wie dieses verlangt mehr die Bethätigung der Frauen, wenn man zu objektiven Resultaten kommen will.

Aber zugegeben, daß die Zustände in diesen Punkten nicht sehr ungünstig liegen, so enthält der amtliche Bericht eine Unsumme schreiender Mißstände, die allein schon ein energisches Eingreifen der Gesetzgebung erfordern. Hier einige Proben.

„Von einer eigentlichen Lehre ist bei den Näherinnen sowohl in der Herren- wie in der Damenkonfektion kaum noch die Rede," heißt es in dem Bericht, der dies noch ausführlich durch Einzelfälle über die Lehrlingsausnutzung illustrirt. Ein Zwischenmeister der Jacketbranche in Stettin sagt: „Manche braucht nur ein paar Tage dazu, die hat es in der Schule schon gelernt, andere müssen wieder richtig lernen, da kann es 5 Wochen dauern und dann wird es auch noch nichts." Ein Arbeiter von dort berichtet als besonders eklatanten Fall von Lehrlingszüchterei, daß im benachbarten Altdamm ein Zwischenmeister ausschließlich mit Lehrmädchen, und zwar 34, arbeitet, und so fort. Die Ermittelungen über den Arbeitsverdienst der Konfektionsarbeiter bestätigen durchaus die Ergebnisse der Privaterhebungen. Nach Aussagen von 48 seitens des kaiserlichen statistischen Amts nachträglich vernommenen Arbeiterinnen der Damenkonfektion, beträgt der jährliche durchschnittliche Netto-Jahresverdienst für Ledige 470 M., für Verheirathete 328 M., für Wittwen 311 M.; ähnlich lauten die Angaben von Arbeitern in den übrigen Branchen der Konfektion. Diese Angaben stimmen mit denen der Unternehmer, soweit dieselben präzise erfolgt sind, durchaus überein. Nach den Bekundungen eines Konfektionärs der westfälischen Arbeiterkonfektion beträgt das Nettojahreseinkommen von drei alleinstehenden Heimarbeiterinnen im Durchschnitt 367 M. Daß die Arbeitszeit eine ungeheuer lange ist, wird in dem Bericht gleichfalls nachgewiesen. Die Erhebungen des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts, die in der

Zusammenstellung eingehend verwerthet sind, ergeben bei dreiundfünfzig vernommenen Werkstattarbeitern eine durchschnittliche Arbeitszeit von täglich über 13 Stunden. Eine ganz ähnliche Arbeitszeit herrscht auch in den Stettiner Werkstätten der Herren- und Knaben-Konfektion. Bei den Heimarbeitern ist die Arbeitszeit durchschnittlich noch länger. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in der süddeutschen Herren- und Knaben-Konfektion. Im allgemeinen wird dort in den Werkstätten früher begonnen als irgendwo, im Sommer schon um 5 und 6 Uhr, im Winter um 6 und 7 Uhr. Frühstücks- und Vesperpausen werden meist nicht gemacht, die Mittagspause dauert vielfach nur dann eine Stunde, wenn der Geselle nicht beim Meister in Kost steht, was aber nur ausnahmsweise der Fall ist. Der Schluß der Arbeitszeit richtet sich nach dem Bedarf. Von den vernommenen Arbeitern bezeugen 4 ausdrücklich, daß manchmal, besonders Freitags, die Nacht durchgearbeitet wird, damit Sonnabends so viel wie möglich geliefert werden kann. Zwei Arbeiter aus Aschaffenburg bemerken, daß sie 14 bis 15 Stunden ohne Pausen arbeiten. Ueber die Saison wird in dem amtlichen Bericht konstatirt: In der Herren- und Knabenkonfektion ist ungefähr 3 Monate im Jahre wenig oder nichts zu thun. In der Damenkonfektion sind die Arbeitnehmer sogar nur 6—7 Monate voll beschäftigt. Während 3—4 Monaten gewährt die Arbeit einen unzureichenden Verdienst und während 2—3 Monaten ist überhaupt keine Arbeit zu haben.

Nicht günstiger lauten die Berichte über die Gesundheitsverhältnisse der Konfektionsarbeiter. Nach dem Bericht Berliner Kassenärzte sind chronische Gebärmutter-Erkrankungen und namentlich Fehlgeburten bei diesen Arbeiterinnen, die meist schon seit ihrem Austritt aus der Schule mit Nähen beschäftigt sind, ziemlich häufig zu finden. Bei anhaltendem Maschinennähen treten Störungen der Verdauungsthätigkeit und in ihrem Gefolge Rückgang der Ernährung des ganzen Körpers auf. Ueber die Beschaffenheit der Arbeitsräume wird bemerkt: „Leider lassen die angestellten Untersuchungen keinen Zweifel darüber, daß die Arbeitsstätten, in denen Konfektionssachen hergestellt werden, meist viel zu wünschen übrig lassen." Für Stettin werden 75 pCt., für Breslau 80 pCt., für Erfurt 82 pCt. der besichtigten Werkstätten als solche bezeichnet, wo in dem gemeinsamen Arbeitsraum auch gleichzeitig gebügelt wird; für Aschaffenburg und Stuttgart fast alle. Daß solche Räume auch als Wohn- und Schlafräume benutzt werden, wird von fast allen Orten konstatirt. In Stuttgart wird im Winter nicht selten noch das Waschen und Trocknen der Wäsche in demselben Raume vorgenommen. In vielen Städten kommt überdies noch das äußerst gesundheitsschädliche Kohlen-Bügeleisen zur Anwendung, so häufig in Berlin, Aschaffenburg und Stuttgart. Die Giftigkeitsgrenze des Kohlenoxyds liegt für den Menschen bei 0,05 pCt.; die vorgenommene Analyse ergab, daß dem Kohleneisen 0,19 bis 0,23 pCt. Kohlenoxyd entströmen. Damit ist die besondere Gefährlichkeit dieser Bügeleisen bewiesen.

„Auch mit den Ernährungsverhältnissen ist es bei den Konfektionsarbeitern und -Arbeiterinnen vielfach schlecht bestellt. Schon die Ernährung der Lehrlinge und jugendlichen Gesellen, wie sie beispielsweise in Süddeutschland meist im Hause des Meisters, wie aus den Vernehmungen hervorgeht, erfolgt, läßt vieles zu wünschen übrig. Die Ernährung der Konfektionsarbeiterinnen aber in den norddeutschen Großstädten, namentlich in Berlin, ist besonders unzureichend. Den Hauptheil der Schuld daran trägt der geringe Verdienst, der es manchen Arbeitern überhaupt unmöglich macht, kräftiges Essen zu bezahlen."

All' das wird in den Ergebnissen der amtlichen Ermittelungen berichtet und sicher sind die Resultate der Untersuchungen sehr vorsichtig behandelt. In wie ungünstigem Lichte die soziale Lage der Konfektionsarbeiter in den Darstellungen des kaiserlichen statistischen Amts auch erscheint, es sind doch immer nur trockene Zahlen. Wer aber aus eigener Anschauung die Opfer der Ausbeutung in der Konfektion kennt, wer die blassen, blutleeren Gestalten in ihrem ganzen Elend gesehen hat, in den Gesichtern jene stumme Resignation, die sich überall einstellt, wo die Ausbeutung die höchste Grenze erreicht, dem möchte das Herz zusammenkrampfen vor all der Bitterniß, die hier vereinigt ist. Wer so mitten drin steht, begreift, welche Wirkung der schleppende Gang unserer gepriesenen Sozialreform hervorrufen muß. Was sich in einem Jahre in der Oeffentlichkeit abgespielt hat, der schmachvolle Vertragsbruch der Herren- und Knabenkonfektionäre, die amtliche Aufdeckung ungeheurer Mißstände, müßte längst gründliche Schutzmaßregeln gezeitigt haben, statt dessen überläßt man den Betheiligten, sich langsam darauf vorzubereiten, daß möglichst wenig dabei herauskommt.

Wie recht hatten wir, als wir vor einem Jahre über die Reichstags-Verhandlungen der Konfektionsarbeiter-Verhältnisse schrieben:

„Heute sprechen die Vertreter des Kapitals unter einem unabweisbaren Zwange; nach Monaten oder Jahren, wenn die Anregungen dieser Tage sich zu sicherlich recht schwächlichen Gesetzentwürfen verdichtet haben werden, dann wird der Reformeifer verflogen sein, dann werden die Wenn und Aber ertönen, dann werden die Interessenten ihre Vorbereitungen getroffen haben, die Solidarität und das Klasseninteresse der Unternehmer werden gesiegt haben."

Die Mehrheit der Kommission für Arbeiterstatistik hat in ihren letzten Anstandssitzungen alle einschneidenden Vorschläge abgelehnt und damit den Erwartungen auf eine gründliche Reform vortrefflich vorgebeugt.

Die Unternehmer der Konfektionsindustrie haben im verflossenen Jahre wieder ihr gutes Geschäft gemacht. Schmunzelnd berichtet der „Konfektionär", daß in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres der deutsche Export von Konfektionswaaren gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1895 um ca. 17½ Mille Mark, d. i. 23,6 pCt. zugenommen hat. Und jetzt rüstet sich die Konfektion wieder zur beginnenden Saison.

Wenn die Konfektionsarbeiter heute in ihren Versammlungen sich mit den sie so stark berührenden Fragen beschäftigen, so haben sie eingedenk zu sein, daß sie der treibende Keil sein müssen. Je geschlossener und fester sie sich organisiren, um so eher wird es gelingen, daß ihre Forderungen auf dem Wege der Gesetzgebung und mittels des Druckes einer starken Organisation erfüllt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Den Herren Agrariern im Reichstage ist zur Zeit der Giftzahn ausgebrochen, das hat die heutige Debatte zur Evidenz bewiesen. Die Peitschenhiebe, welche die agrarischen Junker und ihr Anhang gelegentlich der Leckert-Tausch-Debatte vom Staatssekretär v. Marschall einheimsten, scheinen derart gewirkt zu haben, daß dieser sich sonst so frech geberdenden Bande der Faden ausgegangen ist. Nur so war es möglich, daß heute die Debatte über den Antrag Barth und Genossen, die Regierung zu ersuchen, „baldthunlichst eine Denkschrift über die erkennbaren volkswirthschaftlichen Wirkungen der Handelsverträge vorzulegen", in ruhigster Weise erledigt werden konnte, ohne daß die Herren mit den geflickten Strohdächern auch nur den Versuch machten, ihre Angriffe auf die Verträge und die sie ausführenden Regierungsmänner zu erneuern. Noch vorige Woche hatte sich v. Marschall mit Vergnügen bereit erklärt, sich über den Werth und die Wirkung der Verträge mit den Herren Agrariern auseinanderzusetzen; v. Marschall war heute auch ersichtlich zu dieser Auseinandersetzung bereit, seine Gegner aber gingen derselben vorsichtig aus dem Wege. Infolge dieses feigen Verhaltens der agrarischen Schreier sind diejenigen, welche heute scharfe handels- und wirthschaftspolitische Erörterungen erwarteten, in ihren Hoffnungen getäuscht worden.

Dr. Barth begründete seinen Antrag kurz und sachlich. Fritzen (Z.) erklärte sich namens seiner Partei für denselben, doch beantragte er, daß die Denkschrift „mit besonderer Rücksicht der Wirkungen der Handelsverträge auf die Landwirthschaft" abgefaßt werde; ein Wunsch, der auch von Dr. Barth akzeptirt wurde. Nachdem auch Dr. Hammacher sich für den Antrag ausgesprochen und dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, daß gegenüber den mehr und mehr sich bildenden, ganze Kontinente umschließenden Handels- und Wirthschaftsvereinigungen — Rußland, Amerika ꝛc. — auch die westeuropäischen Industriestaaten zu einer Einigung kommen möchten, nahm von Marschall das Wort. Derselbe interpretirte zunächst die in den letzten Wochen viel erwähnte Aeußerung des Grafen Posadowsky über die Handelsverträge in einer Weise, daß ein Gegensatz zwischen den Ministern nicht mehr übrig blieb. Ob das alles so stimmt, bleibt freilich dahingestellt. Graf von Posadowsky stand dabei und schwieg. Sonst sprach Herr von Marschall sich entschieden für die Vertragspolitik aus, ohne deswegen Aenderungen in einzelnen Punkten auszuschließen. Nothwendig sei die Schaffung eines Generaltarifs, auf grund dessen die zukünftigen Verhandlungen zu führen seien. Jetzt war die Reihe an den Agrariern, aber, obwohl v. Levetzow, Kardorff, Dr. Hahn und Graf Limburg-Stirum sprachen, der so oft angekündigte Frontangriff blieb aus. Bei der Abstimmung wurde der Unterantrag Fritzen fast einstimmig, der Antrag Dr. Barth mit allen Stimmen gegen die der Rechten angenommen.

Ohne Debatte wurde hierauf das Zusatzabkommen zur Berner Uebereinkunft betreffend die Bildung eines Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes und der Zivilprozeß-Ordnung — welcher einem früher einstimmig geäußerten Wunsche des Hauses insofern Rechnung trägt, als die Lohnbeschlagnahme auch zum Schutze der Alimentation unehelicher Kinder zulässig sein soll, fand allseitig anerkennende Worte. Einzelne Bedenken hofft man bis zur zweiten Lesung zu beseitigen, weshalb dieselbe heute ausgesetzt wurde.

Trotz lebhafter Rufe nach Vertagung gab hierauf der Herr Präsident noch dem Staatssekretär Nieberding das Wort zur Begründung des Entwurfes eines Handels-Gesetzbuches. Nach Schluß dieser Rede trat Vertagung ein.

Morgen 1 Uhr an erster Stelle Wahlprüfungen und dann Fortsetzung der Debatte über das Handelsgesetzbuch.

Das Frauen-Stimmrecht in England. Wir erwähnten bereits, daß in konservativen Kreisen die Stimmung eine dem Frauen-Stimmrecht günstige ist, wesentlich dank dem noch sehr lebendigen Einfluß des verstorbenen Disraeli, Lord Beaconsfield. Recht albern haben sich bei den betreffenden Debatten im Oberhaus die Liberalen und Radikalen benommen. Das radikale Licht Labouchère bekämpfte die Bill ganz ernsthaft mit dem platten Witz, daß die Frauen laut der Statistik die Mehrheit der Bevölkerung bilden, daß also, wenn die Frauen das Stimmrecht bekämen, die Männer majorisirt würden, was die größte Revolution bedeute, welche die Welt noch gesehen! Ein Liberaler, Mr. Atherley Jones, ein Stiefsohn des trefflichen Chartistenführers Ernest Jones, rettete aber einigermaßen die Ehre seiner Partei, indem er warm für die Bill sprach, deren Chancen sich fortwährend bessern. —

Für Kreta bereitet die russische Diplomatie augenscheinlich einen Knalleffekt vor. Nachdem man die Mohammedaner der Insel durch montenegrische Gendarmen — ungefähr, wie wenn das Ausland unsere Regierung zwingen wollte, die unzufriedenen Deutschen durch französische Gendarmen im Zaum zu halten — in den wildesten Zorn versetzt und es zwischen den christlichen und mohammedanischen Einwohnern glücklich wieder zur Hauerei und Schießerei gebracht hat, ist jetzt mit einem Male die Lostrennung der Insel Kreta von der Türkei auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Griechen strecken schon die Hand aus und auch England wäre nicht abgeneigt, die Perle des Mittelmeeres in die Tasche zu stecken. Natürlich paßt letzteres nicht den Russen — sie treten für die „Unabhängigkeit" der Insel ein, natürlich unter geheimer russischer Oberhoheit, wie das Königreich Griechenland. Jedenfalls ist ein Schlag zu erwarten. —

Aus den zahlreichen, auf die Vorgänge in Kreta bezüglichen Depeschen heben wir die folgenden hervor:

Wilhelmshaven, 7. Februar. Der Kreuzer „Kaiserin Augusta" hat Befehl erhalten, morgen Nachmittag 4 Uhr zum Schutze der Deutschen nach dem Mittelmeer zu gehen.

Wien, 7. Februar. Das offiziöse „Fremdenblatt" bespricht die traurigen Vorgänge auf der Insel Kreta, indem es die griechische Regierung vor übereilten Schritten warnt, welche ihre Stammesgenossen auf der Insel nur in die äußerste Gefahr bringen würden. Da die Großmächte darin einig sind, daß der Status quo in der Türkei aufrecht erhalten werden muß, so würden sie auch das von ihnen eingeleitete Reformwerk nicht im letzten Moment durch Griechenland vereiteln lassen.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus Kanea: In Kanea herrscht Ruhe; das Feuer, welches in den zahlreichen Oelniederlagen Nahrung fand, ist vollständig gelöscht. Der Palast des griechischen Bischofs und gegen 200 andere Gebäude sind niedergebrannt. — Der Zeitung „Asty" wird aus Kanea telegraphirt: Die Häuser, welche die Feuersbrunst verschont hat, werden von den Türken geplündert. Die türkischen Truppen in Kalyves (am Eingange der Suda-Bai) haben diesen Ort geräumt und sind in Kanea eingerückt. Das griechische Geschwader ist vor Kanea eingetroffen; es ankert neben den englischen Schiffen. — Die italienischen Kriegsschiffe „Stromboli" und „Lauria" sind in Candia eingetroffen. — Die muselmännische Bevölkerung machte einen Angriff auf das militärische Arsenal und bemächtigte sich 2000 Martini-Gewehre. Bei dem Zusammenstoß mit den Truppen wurden zwei Muselmannen getödtet und fünf verwundet.

Wie die „Agence Havas" aus Athen erfährt, ist das griechische Geschwader in Kanea angekommen, ohne die türkische Flagge zu salutiren. Unmittelbar nach der Ankunft besuchte der englische Befehlshaber den griechischen Geschwader-Chef. — Eine amtliche Depesche meldet, daß die Türken in Retimo ein Gemetzel vorbereiten. In Kanea flüchten sich die Christen in den Gouverneur-Palast, der noch immer von Türken umzingelt wird.

Athen, 8. Februar. Heute Nacht trafen französische Kriegsschiffe mit 300 flüchtigen Frauen und Kindern aus Kreta auf Milo ein; die Flüchtlinge, welche alles verloren haben, sind in beklagenswerthem Zustande, leiden Mangel an Kleidung und Nahrung. Aus Syra wird gemeldet, daß man in Herakleion und Retimo dringend nach Schiffen verlangt, da auch dort Unruhen bevorstehen.

Athen, 7. Februar. Etwa 3000 Personen begaben sich gestern vor das Marineministerium und veranstalteten dort unter den Rufen: „Hoch Kreta! Hoch die Union!" eine Kundgebung. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer des Landgerichts Prenzlau verurtheilte am 6. Februar den Bürstenmacher Zangenberg aus Templin wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängniß. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Zangenberg war bereits wegen desselben Vergehens mit drei Jahren Gefängniß vorbestraft.

Obgleich wir in dieser Rubrik sonst nur Fälle aus dem lieben Vaterlande registriren, wollen wir diesmal die folgende interessante Meldung aus Wien anführen: Aufsehen erregt nachstehende Affäre: Gegen den Baumeister und antisemitischen Gemeinderath Foller in Baden wurde eine Anzeige erstattet, wonach er vor fünf Jahren anläßlich der Grundsteinlegung eines Hauses eine Kapsel einmauerte, in welcher sich eine Urkunde befand, deren Text Majestätsbeleidigungen involvire. Nachdem die gerichtlichen Erhebungen resultatlos geblieben waren und Verjährung der That vorliegen dürfte, sollte das Verfahren eingestellt werden. Nun verfügte aber das Kreisgericht in Wiener-Neustadt, die Untersuchung sei fortzusetzen, sämmtliche Bewohner des fraglichen Hauses seien gegen angemessene Entschädigung zur sofortigen Uebersiedlung zu veranlassen, worauf mit der Demolirung des ganzen Hauses vorgegangen werden möge, um die Kapsel mit der inkriminirten Urkunde zu finden. Morgen schon soll mit der Demolirung, deren Kosten der Fiskus trägt, begonnen werden.

* * *

Deutsches Reich.

— Die Stephan-Offiziösen haben Pech. Am Sonntag veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel zur Vertheidigung des General-Postmeisters. In demselben kommt der folgende Satz vor:

„Endlich leuchtet es wohl jedem Unbefangenen ein, daß man Berlin mit beinahe 2 Millionen Einwohnern und 31 000 Sprechstellen hinsichtlich der Kosten für Anlage und Betrieb der Fernsprecheinrichtung mit einer Stadt wie Zürich (!), das rund 150 000 Einwohner und 3600 Sprechstellen besitzt, überhaupt nicht vergleichen kann."

Aus diesem Satze geht hervor, wie gründlich, glücklich und beachtenswerth die Reinwaschung Stephan's vollzogen wurde. Hat doch Zürich nicht 80 000, sondern mehr als 150 000 Einwohner. —

— Der Berliner Parteitag der freisinnigen Volkspartei, welcher Sonnabend unter zahlreicher Betheiligung der Berliner Delegirten aus den einzelnen Wahlkreisen unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Otto Hermes stattfand, erörtete nach einer Darlegung der bekannten Vorgänge zur Einigung der Freisinnigen durch den Abg. Richter die Stellungnahme der Partei zu den Anträgen der „freisinnigen Vereinigung". Es zeigte sich, nachdem mehrere Redner gesprochen hatten, eine vollständige Uebereinstimmung mit dem Vorgehen des geschäftsführenden Ausschusses, wie es durch den veröffentlichten Briefwechsel bekannt geworden ist. Eine Resolution, welche das Einverständniß des Parteitages mit der Haltung des geschäftsführenden Ausschusses ausdrückt, wurde angenommen. Der Parteitag ist demgemäß so verlaufen, wie zu erwarten stand, mit einer Niederlage der um ihre Mandate schwer besorgten Helden von der freisinnigen Vereinigung. —

— Merkwürdige Vorgänge scheinen in der freisinnigen Partei sich vorzubereiten. Schreibt doch heute die „Freis. Zeitung":

Auf Zettelungen machen wir unsere Parteigenossen aufmerksam, welche von einzelnen Personen aus dem zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis ausgehen und angeblich im Interesse des Zusammenschlusses aller Liberalen, thatsächlich bezwecken, Spaltungen innerhalb der Freisinnigen Volkspartei hervorzurufen. In Form eines Aufrufs an das Volk gegen die Agrarier, der Bildung eines Zentralkomitees, und von Geldsammlungen für dieses Komitee beabsichtigt man auch außerhalb Berlins demnächst arglose Leute für Pläne zu gewinnen, die, wenn sie wirklich eine ernsthafte Bedeutung erlangen könnten, höchstens dazu führen müßten, neben den zwei vorhandenen freisinnigen Richtungen noch eine dritte freisinnige Partei, die höhere und wahre freisinnige Partei, zu bilden.

Die freisinnige Partei kann sich einen solchen Luxus zwar nicht leisten, aber es ist füglich gleichgiltig, wie sie zu grunde geht. —

— Der Zentralverband deutscher Industrieller nahm in seiner Schlußsitzung nach kurzer Debatte die nachstehenden, von Dr. Beumer gestellten Anträge an: I. Der Zentralverband deutscher Industrieller erkennt gern an, daß der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze in einer ganzen Reihe von Bestimmungen diejenigen Wünsche und Bedenken berücksichtigt hat, welche seitens der Industrie gegen die im Jahre 1894 der öffentlichen Besprechung unterbreiteten Novellen zur Unfallversicherung ausgesprochen worden sind. Insbesondere ist es erfreulich, daß von einer Ausdehnung der genannten Versicherung auf das Handwerk, das Klein- und Handelsgewerbe abgesehen worden und diese Frage als zu denjenigen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung gehörenden bezeichnet worden ist, „hinsichtlich deren die Ansichten noch zu wenig geklärt sind, als daß es rathsam erscheinen könnte, schon jetzt eine Regelung zu versuchen." Den bei weitem meisten Bestimmungen des Gesetzentwurfs tritt der Zentralverband bei. II. Für durchaus verfehlt erachtet er dagegen den Versuch, die Kompetenz des Reichs-Versicherungsamts zu vermindern und an die Stelle des letzteren die Landes-Zentralbehörden u. s. w. zu setzen. Es liegen die allerwichtigsten Gründe vor, dem Reichs-Versicherungsamt als der Zentralstelle des Reiches für Arbeiterversicherung die bisherige Selbständigkeit zu belassen. Mit aller Entschiedenheit weist deshalb der Zentralverband insbesondere den § 68 des Entwurfs zurück, nach welchem die Frage, ob und in welchem Grade eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist oder fortbesteht, oder ob die Berechnung des Jahres-Arbeitsverdienstes auf einer thatsächlichen Unrichtigkeit beruht, nicht zum Gegenstande des Rekurses gemacht werden kann. Die Beibehaltung der bisherigen Bestimmung wird im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung für unumgänglich nothwendig erachtet. III. Für außerordentlich bedenklich hält der Zentralverband weiterhin die Bestimmung, nach welcher die Landes-Zentralbehörde die den Berufsgenossenschaften in § 76c des Krankenversicherungs-Gesetzes eingeräumte Befugniß gegenüber solchen Knappschaftskassen, sonstigen Krankenkassen und Verbänden von Krankenkassen außer Kraft setzen kann, welche für die Heilung der durch Unfall verletzten Kassenmitglieder ausreichende Einrichtungen getroffen haben; denn es liegt die Gefahr nahe, daß durch diese Bestimmung die unter einem Aufwand vieler Millionen Mark bereits errichteten Unfallkrankenhäuser der Berufsgenossenschaften in ihrer Existenz erschüttert oder doch zum Nachtheil der Arbeiter größtentheils ihrem Zwecke entzogen werden. IV. Der Zentralverband bekämpft weiterhin diejenigen Bestimmungen des Entwurfs, welche eine neue und unberechtigte Belastung der Industrie in sich schließen; er rechnet dahin insbesondere die Erhöhung der Kinderrenten auf 20 pCt., die eventuellen Renten des Wittwers und der hinterbliebenen mutterlosen Kinder und die Rentenberechtigung elternloser Enkel."

Altona, 7. Februar. (Eig. Ber.) Auf dem Bauernfang befanden sich jüngst Agenten der Ansiedelungskommission für die Provinz Posen in mehreren Nachbarorten. Sie suchten in Versammlungen landwirthschaftlicher Vereinigungen junge Bauernsöhne mit etwas Vermögen zu bewegen, sich auf den von der Ansiedelungskommission erworbenen Gütern, über welche sie eine Spezialkarte bei sich führten, anzusiedeln. Die Bedingung für die Ansiedelung, führten sie aus, sei eine außerordentlich günstige, indem keine Anzahlung, sondern nur eine fortlaufende dreiprozentige Grund- und Bodenrente zu zahlen sei, und ein gutes Auskommen winke dort den Ansiedlern. Dann aber auch erfüllten die Ansiedler eine hehre Aufgabe, indem sie im Osten das Deutschthum mit befestigten. So schön das auch klingen mochte, so verfehlte es doch seine Wirkung. Mit recht sagen sich die in Frage kommenden jungen Leute, daß, wenn die Sache der Ansiedelung im Osten so vorzüglich sei, wie sie geschildert wird, man nicht nöthig habe, dafür die große Reklametrommel zu rühren.

Altona, 8. Februar. Gestern und heute tagte hier die Generalversammlung des Verbandes deutscher Küstenschiffer.

In der gestrigen Sitzung erstattete der Abgeordnete Dr. Diederich Hahn Bericht über die Verhandlungen im Reichstage zu gunsten der deutschen Küstenfahrt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die Reichsregierung um wirksame Schutzmaßregeln gegen die billiger fahrende Konkurrenz der Nachbarvölker in deutschen Küstengewässern, insbesondere gegen Dänen und Holländer, zu ersuchen. —

— Die sozialdemokratischen Wähler des zweiten badischen Reichstags-Wahlkreises haben beschlossen, bei der am 11. Februar stattfindenden Stichwahl zwischen dem Kandidaten des Zentrums und der Nationalliberalen sich der Stimme zu enthalten. Unser Wahlkomitee begründet den Beschluß folgendermaßen:

Unsere beiden Gegner von der nationalliberalen und ultramontanen Partei stehen sich in nahezu gleicher Stärke gegenüber. Von keiner Seite wurde der ausschlaggebenden sozialdemokratischen Partei eine Zusage gegeben, daß man für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, gegen neue Ausnahmegesetze, neue Militärlasten und indirekte Steuern und Zölle eintreten werde. Nach der allgemeinen Ansicht unserer Gesinnungsgenossen auf der Konferenz in Donaueschingen muß in diesem Falle es den Genossen zur strengsten Pflicht gemacht werden, Wahlenthaltung zu beobachten. Ultramontane wie Nationalliberale sind gleich schlimme Gegner des um seine Befreiung aus körperlicher und geistiger Knechtschaft kämpfenden Proletariats.

Oesterreich.

Wien, 8. Februar. In gestern von Sozialdemokraten abgehaltenen 29 Wahlversammlungen wurden sämmtliche sozialdemokratische Reichstags-Kandidaten mit lebhaftem Beifall akzeptirt. In den Versammlungen wurde auch einstimmig gegen die von klerikaler Seite unternommenen Vorstöße gegen das Schulgesetz Verwahrung eingelegt. In einer von den abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlungen kam es zu einem Handgemenge zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. —

Lemberg, 8. Februar. Der galizische Landtag nahm einstimmig einen vom Landmarschall Grafen Stanislaus Badeni vorgelegten Dringlichkeitsantrag an, dahingehend, daß anläßlich des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers das Königsschloß am Berge Wawel in Krakau aus Landesmitteln als Kaiserresidenz hergerichtet und ausgestattet werden und der Kaiser um Uebernahme dieser Residenz gebeten werden soll.

Kaiserschlösser erbauen und das Volk in Elend und Schmutz verkommen lassen, das ist echte Stanzykenpolitik. —

Frankreich.

Paris, 8. Februar. Bei der gestrigen Ersatzwahl zur Kammer in Laon kam es zu einer Stichwahl zwischen den Radikal-Sozialisten und den gemäßigten republikanischen Kandidaten.

Niederlande.

Antwerpen, 8. Februar. Die vlämische Agitation, die das Ziel verfolgt, die volle Gleichberechtigung der vlämischen und französischen Sprache herbeizuführen, hat in der Provinz Antwerpen einen revolutionären Charakter angenommen. In einer Riesen-Volksversammlung traten vlämische Abgeordnete auf und erklärten, die Weigerung des Senats, den Vlämen die sprachliche Gleichberechtigung mit den Wallonen zu geben, sei eine Herausforderung des vlämischen Volkes. Der Löwe von Flandern werde sich jedoch nicht zähmen lassen, so lange er Klauen habe und wenn der Senat nicht von seinem Votum zurückkomme, so werde er abgeschafft. Das Antwerpener „Handelsblad" vergleicht die Senatoren, welche gegen das Sprachengesetz gestimmt haben, mit Judas dem Verräther und erklärt, die Vlämer müßten amtlich in vlämischer Sprache verwaltet werden, sonst wird die politische Trennung des Landes in zwei Theile angestrebt werden. —

Italien.

Rom, 8. Februar. Die Studentenunruhen dauern ununterbrochen fort. Gestern zogen etwa 3000 Studenten und Gymnasiasten vor die Wohnung des Unterrichtsministers Gianturco, um unter großem Lärm zu demonstriren. Ausschreitungen wurden durch die zahlreich erschienene Karabinieri verhindert. Die Menge zerstreute sich erst, als die Studenten erfuhren, daß die Professoren wegen Beilegung der zwischen Lehrkörper und Schülern bestehenden Differenzen zu einer Berathung zusammengetreten seien.

Spanien.

Madrid, 7. Februar. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte auf Befragen, er werde die für Kuba beschlossenen Reformen in loyaler Weise zur Anwendung bringen. Er werde nicht warten, bis die Ruhe auf Kuba vollständig wiederhergestellt sei; es werde genügen, daß die aufständige Bewegung auf den westlichen Theil der Insel beschränkt sei. Er habe die Ueberzeugung, daß der Krieg einen guten Verlauf nehme. —

Madrid, 7. Februar. In Manilla wurden acht Eingeborene, welche der provisorischen Insurgenten-Regierung angehörten, erschossen. Viel Federlesens machen die Spanier in solchen Fällen nicht, sie mögen leicht die falschen gefaßt haben. —

— Friedens-Unterhandlungen zwischen den Spaniern und den kubanischen Insurgenten. Der Madrider „Imparcial" behauptet, daß General Weyler mit den kubanischen Rebellen in Unterhandlungen getreten sei, die schon in kurzer Zeit den Friedensschluß auf Kuba zur Folge haben dürften; die amtlichen und halbamtlichen Ableugnungen dieser Thatsache seien ganz werthlos. Als Friedensvermittler werden die früheren Rebellenführer Marcos Garcia und Spotorno genannt, die mit Maximo Gomez und den übrigen Gliedern der sog. „Insurgenten-Regierung" unterhandeln sollen. Marcos Garcia hatte in den letzten Tage häufig Unterredungen mit Weyler und mit den Führern der Autonomistenpartei, in welcher die Friedensbedingungen festgelegt worden sein sollen. Der Friede würde auf grund der neu einzuführenden — von uns in ihrem wesentlichen Inhalte schon wiedergegebenen — Reformen geschlossen werden. Auf die Gewährung dieser Reformen soll die Haltung der Vereinigten Staaten nicht ohne Einfluß gewesen sein. Die Kubaner wollen — so heißt es — die Reformen auch nur dann annehmen, wenn sich die Vereinigten Staaten für die strenge Durchführung derselben verbürgen. Natürlich werden sich die Vereinigten Staaten ihre Bürgschaftsdienste theuer bezahlen lassen. Sie verlangen schon jetzt Aenderungen des kubanischen Zolltarifs zu gunsten der amerikanischen Einfuhr, und andere Forderungen werden schon noch nachkommen. Zur Durchführung der Reformen soll wieder der General Martinez Campos nach Kuba gesandt werden, da Weyler dort zu unbeliebt sei. Schließlich wird noch gemeldet, daß Maximo Gomez, der Führer der Insurgenten, eine bedeutende Abfindungssumme erhalten soll. Die Spanier hätten also auf Kuba „glänzend gesiegt" — aber noch ein solcher Sieg, und nicht nur Kuba, sondern sie selbst sind verloren. —

Serbien.

— Genosse Vasa Pelagic, der in Belgrad Archimandrit gewesen ist und wegen seiner eifrigen Agitation für die Sozialdemokratie exkommunizirt worden war, ist bekanntlich wegen einer Flugschrift über den König von Serbien, worin er von ihm ein wohlgetroffenes Porträt und eine passende Schilderung gab, zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Jetzt wurde er aus Anlaß einer allgemeinen Amnestie befreit. —

Türkei.

— Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten scheinen sehr getrübt zu sein. Der „Frankf. Ztg." wird hierzu aus Konstantinopel gemeldet: Deutschland hat das offizielle Ersuchen des Sultans um Entsendung einer größeren Anzahl deutscher Offiziere zur Reorganisation der türkischen Gendarmerie und von Finanzkräften zur Reorganisation der Finanzverwaltung mit dem Bedauern abgelehnt, daß der gegenwärtige Moment nicht für günstig erachtet werde für eine solche Mission. Dasselbe Gesuch an Frankreich, aber nur zur Entsendung von Finanzkräften, ist in Paris ebenfalls abgeschlagen worden. Die Regierung von Belgien scheint erst nachträglich von der Ablehnung der beiden Großmächte und den Motiven, die sie hierbei leiteten, Kenntniß erhalten zu haben, denn sie zog ihre Zusage wegen Entsendung des Belgiers Tavern in die Finanz-Kontrollkommission zurück. —

Aus Konstantinopel kommt folgende Meldung: Bei einer Haussuchung in der Wohnung eines angesehenen russischen Armeniers beschlagnahmte die Polizei verschiedene äußerst kompromittirende Schriften, ein großes Waffenlager und eine Anzahl gefüllte Dynamitbomben.

Wie die „Times" aus Konstantinopel vom 6. d. Mts. meldet, haben dort die Verhaftungen von Armeniern wieder begonnen unter dem Vorwande, Unruhen zu verhindern, welche, wie behauptet wird, für den Ramazan vorbereitet werden.

Asien.

— Der russisch-französische Einfluß in China ist im Wachsen begriffen. Aus Paris wird depeschirt:

Infolge des Uebereinkommens zwischen Frankreich und China wird eine französische Mission die Leitung des Arsenals von Futtchau übernehmen. Die Mission wird sich am 14. Februar in Marseille nach China einschiffen. —

Amerika.

New-York, 8. Februar. („Times.") Der Senat hat in unerwarteter Weise der Einwanderungsbill gegenüber eine von der des Repräsentantenhauses abweichende Haltung eingenommen Der Senat ist einer Zulassung von Einwanderern geneigt, welche englisch oder irgend eine andere Sprache lesen können, während das Repräsentantenhaus von den Einwanderern, die Kenntniß des Lesens im Englischen oder der Sprache des Landes, wo sie geboren sind oder ihren Wohnsitz hatten, verlangt. Ferner ist der Senat gegen den Vorschlag des anderen Hauses, nach welchem die des Lesens unkundige Ehefrau ausgeschlossen bleiben soll, wenn auch ihr des Lesens kundiger Mann hereingelassen wird. Die Bill wird den Gegenstand einer nochmaligen Konferenz zwischen den beiden Häusern bilden.

Reichstag.

170. Sitzung vom 8. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Hohenlohe, von Marschall, von Bötticher, Graf Posadowsky.

Die zweite Berathung des Reichs-Haushaltsetats für 1897/98 wird fortgesetzt und zwar beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, Gehalt des Reichskanzlers.

Hierzu liegt folgender Antrag der Abgg. Barth u. Gen. vor, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldthunlichst eine Denkschrift über die erkennbaren volkswirthschaftlichen Wirkungen der seit 1892 bezw. 1894 zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Serbien, Rumänien und Rußland andererseits bestehenden Handelsverträge vorzulegen.

Zu demselben beantragen die Abgg. Fritzen-Düsseldorf (Z.) und Genossen hinter dem Worte „Handelsverträge" einzuschieben: „mit besonderer Rücksicht auf die Landwirthschaft."

Abg. **Barth** (frs. Vg.): Die Denkschrift, welche wir verlangen, soll eine umfassende sein. Die Erwartung darf man allerdings nicht allzu hoch spannen. Man hat berechnet, daß auf jede Million Mark Export 1000 Arbeiter kommen. Jemehr der Export von Industrie-Artikeln steigt, desto mehr Arbeiter werden beschäftigt und zwar gerade die bestgelohnten, welche die zahlungsfähigsten Käufer von landwirthschaftlichen Produkten sind. Wir haben vor wenigen Tagen eine Debatte im Abgeordnetenhause erlebt, in welcher der Landwirthschaftsminister sich ohne jede Provokation als Gegner der Handelsverträge bekannt hat; er hat allerdings gesagt, daß er ein Gegner gewesen sei; aber er meinte auch, daß die Handelsverträge nicht allein schuld an der schlechten Lage der Landwirthschaft seien; zum theil schiebt er ihnen also die Schuld daran zu. Deshalb wird eine Denkschrift, wie wir sie fordern, auch für ihn aufklärend sein.

Abg. **Fritzen** (Z.) empfiehlt die Heranziehung der öffentlich rechtlichen Korporationen zur Berichterstattung über die angeregte Frage, die Landwirthschaftskammern; aber auch die landwirthschaftlichen Vereine müßten dabei mitwirken. Redner verweist darauf, daß Deutschland im stande sei, das nöthige Fleisch zu produziren, deshalb müsse der deutsche Viehstand geschützt werden gegen die Einschleppung von Seuchen. Wenn die Handelsverträge einen Schutz gegen die Seucheneinschleppung verbieten, dann müssen unsere Verhältnisse zu den anderen Staaten beim Ablauf der Handelsverträge in dieser Beziehung jedenfalls anderweitig gestaltet werden.

Abg. **Hammacher** (natl.): Meine politischen Freunde erkennen mit dem Vorredner an, daß die Landwirthschaft sich in einer sehr üblen Lage befindet, und daß daraus nicht nur für sie, sondern auch für das gesammte Staatswesen nach der wirthschaftlichen und moralischen Seite hin Nachtheile erwachsen. Eine Besserung dieses Zustandes mit den gesetzlich zulässigen Mitteln herbeizuführen, ist eine pflichtmäßige Aufgabe des Staates. Was den Antrag Barth betrifft, so halten ihn meine Freunde für durchaus nützlich, und wir können die Meinung des Vorredners nicht theilen, daß er zu früh eingebracht sei. Graf Posadowsky hat uns bereits in einer der letzten Sitzungen mitgetheilt, daß die Reichs-Finanzverwaltung oder die verbündeten Regierungen — ich weiß nicht, welches Organ es ist — sich mit Vorstudien für die Aufstellung eines Generaltarifs beschäftige. Man kann nicht behaupten, daß die Handelsverträge für Deutschland nicht günstig gewesen sind. Wenn der Export gestiegen ist, so mögen dazu allerdings die neuen Unternehmungen, die in Rußland aufgetaucht sind, mit dazu beigetragen haben, aber es ist nicht zu leugnen, daß, wenn die russischen Zölle noch erhöht werden und der Handelsvertrag nicht abgeschlossen wäre, wir unseren Export nicht so hätten verbessern können, wie es geschehen ist. Man muß anerkennen, daß der Landwirthschaft die Bewegungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit fehlt, welche der Industrie mehr oder weniger eigen ist, und darauf muß Rücksicht genommen werden. Wenn Herr Fritzen meint, daß die Landwirthschaft bei den Handelsvertrags-Abschlüssen in eine gewisse gebundene Lage gekommen sei, so ist auch die Industrie an gewisse Zölle gebunden und der Schutz für sie kann auch nicht mehr erhöht werden. Es ist kürzlich vom Regierungstisch unter Zustimmung vieler Mitglieder des Hauses darauf hingewiesen worden, daß die Handelsverhältnisse des nächsten Jahrhunderts auf dem ganzen orbis terrarum sich anders gestalten werden. Die Vereinigten Staaten gestalten den nordamerikanischen Kontinent allmälig zu einem einheitlichen Wirthschaftsgebiet. In England werden die Bestrebungen des Greater Britain (Größer-Britannien) ebenfalls Erfolg haben. Wenn wir das klar voraussehen, so müssen in nicht zu ferner Zeit die europäischen Staaten dazu übergehen, enger aneinander Anschluß zu finden, als es zur Zeit der Fall ist. Diese Entwickelung würden wir stören, wenn wir das System der Handelsverträge verlassen würden. Unsere Handelsverträge haben auch politisch vortheilhaft gewirkt und die Stellung unserer Regierung gestärkt.

Staatssekretär **v. Marschall:** Ich habe im Namen der verbündeten Regierungen zu erklären, daß, wenn der Reichstag nach dem Antrag Barth beschließt, sie selbstverständlich gern bereit sein werden, diesem Wunsche nachzukommen. Auf die Gefahr hin, daß ich vielleicht etwas Wasser in den Wein der Begeisterung einzelner Leute gieße, erkläre ich, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamts bei seinem Vorgehen sich nicht nur selbstredend der Zustimmung des Herrn Reichskanzlers, sondern auch meiner Zustimmung versicherte; ja, ich kann mittheilen, daß ich schon vorher aus eigener Initiative meinen Kollegen wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, daß möglichst bald an die Aufstellung eines derartigen Tarifs gegangen würde und zwar deshalb, weil ich den Besitz eines solchen spezialisirten Entwurfs für unumgänglich nothwendig für den Fall erachte, daß die bisherige Handelspolitik fortgesetzt werden sollte, was ich hoffe. Ich sage, wir würden uns der Pflicht nicht entziehen können, unsern eigenen autonomen Zolltarif zu revidiren. Ich habe schon vor fünf Jahren ausdrücklich das Recht der verbündeten Regierungen gewahrt, vor Ablauf der Handelsverträge einen neuen autonomen Zolltarif aufzustellen. Wenn wir nach der Erhöhung der Zölle unter Fürst Bismarck abermals einen neuen Zolltarif mit höheren Sätzen aufgestellt hätten, so hätte dieser Schritt unsere Handelspolitik nicht gefördert, sondern wäre ihr hinderlich gewesen. Die anderen Staaten würden uns nachgefolgt sein, und aus dieser gegenseitigen Schrauberei wäre ein Zustand hervorgegangen, der die Durchführung der Handelspolitik erschwert hätte. Die Ansicht des Reichs-Schatzsekretärs, daß die neuen Handelsverträge nicht eine einfache Abschrift der bestehenden sein können, theile ich vollkommen. Ich halte das gradezu für selbstverständlich. Ich bin allezeit entschieden eingetreten für dauernde Verträge, weil ich im Interesse unserer erwerbenden Kreise nichts so sehr wünsche, als eine Stabilität der Handelspolitik, und ich bin nach wie vor der Ansicht, daß diese Stabilität, die wir erreicht haben auf 10, bezw. 12 Jahre, der eigentliche Vorzug dieser Handelsverträge ist. Andererseits können in unserer raschlebigen Zeit angesichts der fortwährenden Veränderungen auf wirthschaftlichem und technischem Gebiete in den 10—12 Jahren sich an einem Handelsvertrage so manche Mängel, Lücken und Zweifel ergeben, so daß eine Revision unbedingt nothwendig ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir diese Revision nicht verlangten, sie von anderer Seite verlangt werden würde. Ich bin stets für den Satz eingetreten, daß der innere Markt in erster Reihe der Berücksichtigung bedarf, und daß die Landwirthschaft als eines der hervorragendsten Gewerbe eines ausreichenden Zollschutzes für ihre Produkte bedarf. Darüber, was ein ausreichender Schutz ist, gehen natürlich die Ansichten auseinander. (Heiterkeit.) Ich theile die Auffassung derer nicht, die in einer Erhöhung der Preise der landwirthschaftlichen Produkte durch Zölle eine Ueberlastung unserer arbeitenden Klassen erblicken. Das ist nicht der Fall, wenn die unumgängliche Voraussetzung erfüllt wird, daß diesen arbeitenden Klassen, besonders den Industrie-Arbeitern ihr Produkt, das heißt ihre Arbeit, auch geschützt wird, daß ihre Arbeitsgelegenheit durch die Zollpolitik erhalten und erweitert wird. (Zustimmung.) Wird diese Bedingung nicht erfüllt, geht man einseitig vor mit der Erhöhung der Preise der landwirthschaftlichen Produkte, wird dadurch die Arbeitsgelegenheit der Arbeiter vermindert, so würde ich das nicht nur für einen großen wirthschaftlichen Fehler, sondern sozialpolitisch geradezu für ein verhängnißvolles Experiment halten. Und darum komme ich zu dem Schluß: auch der auswärtige Markt bedarf des Schutzes, insofern darin unsere nationale Arbeit zur Erscheinung kommt. Ein Land wie Deutschland, dessen Ausfuhrwerth sich bereits der vierten Milliarde nähert, darf diesen Theil seiner nationalen Arbeit nicht der Willkür fremder Zolltarife anheimstellen. Darum bedarf es der Tarifverträge. Wir müssen auch unsere Ausfuhr schützen, und sie bewegt sich ja nicht in absteigender, sondern in aufsteigender Linie. Bei der Zunahme der Bevölkerung, der Verschärfung des Konkurrenzkampfes und angesichts der Thatsache, daß das Ausland manche Produkte selbst zu produziren anfängt, ist unsere Ausfuhr mehr und mehr auf Spezialitäten angewiesen, auf Qualitätsarbeit, und damit steigert sich in dem Gesammtwerth unserer Ausfuhr die Quote, die der Arbeitslohn ausmacht. Es wäre interessant, wenn durch die Statistik sich nachweisen ließe, wie viel Arbeitslohn in dieser unserer Ausfuhr steckt. Das Resultat wäre wahrscheinlich ein gewaltiges Warnungssignal für diejenigen, welche den Schutz unserer Ausfuhr eigentlich für eine alte Schrulle halten. Ich habe mit Genugthuung wahrgenommen, daß auch in den Reihen derer, die bisher die entschiedensten Gegner der Handelsverträge gewesen sind, der Gedanke allmälig zur Geltung kommt, daß eine einfache autonome Zollpolitik unmöglich sei, daß wir auch in Zukunft Handelsverträge schließen müssen, freilich bessere wie bisher. Diesen Entschluß kann ich nur billigen. Deutschland ist gewiß kein Industriestaat in dem einseitigen Sinne, den man fälschlich einer Aeußerung des früheren Reichskanzlers untergelegt hat. Aber jedermann wird zugeben: in diesem Sinne ist Deutschland auch kein landwirthschaftlicher Staat. Es ist beides, es ist aber ein Handwerker- und Arbeiterstaat. In dem Zusammenwirken aber dieser Gewerbe liegt das Blühen und Gedeihen unserer wirthschaftlichen Existenz. Es sollte mich freuen, wenn es den Gegern unserer bisherigen Handelsverträge gelänge, bessere Handelsverträge zu schließen. Sollte sich trotzdem darin hier und da ein Mangel zeigen, so dürfen die Herren versichert sein, daß ich ihnen ein milderer Richter sein werde, als sie es mir gewesen sind. (Heiterkeit.)

Abg. **von Levetzow** (k.): Die eigentliche Spitze des Antrages Barth ist zwar durch den Antrag Fritzen abgebrochen; deshalb könnte man beide Anträge zusammen annehmen, aber für eigentlich nothwendig kann ich sie nicht halten. Welchen Nutzen soll die Denkschrift stiften? Es wird also kein Unglück sein, wenn die Anträge angenommen werden, aber auch kein Unglück, wenn sie abgelehnt würden.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Es fragt sich nur, wie die Verträge beschaffen sind. Mit den Handelsverträgen, welche die landwirthschaftlichen Interessen opferten der Industrie zu Liebe, konnten wir aber nicht zufrieden sein. Allerdings hatten wir 1892 keinen freihändlerischen Tarif, aber die landwirthschaftlichen Zölle wurden herabgesetzt, die industriellen nicht. Deutschland muß für künftige Handelsverträge sich einen autonomen Tarif herstellen und dabei müssen die landwirthschaftlichen Interessen eine bessere Vertretung finden als bisher. Ich fürchte, wenn die Handelsverträge noch lange dauern, dann wird schließlich von der Landwirthschaft nicht mehr viel übrig bleiben. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Hahn** (wild-konserv.) bittet, zur Ausarbeitung dieser Denkschrift Vertreter der verschiedenen Berufszweige, auch der Landwirthschaft, hinzuzuziehen. (Lachen links.)

Abg. Graf **Limburg** (dk.): Wir haben immer den Eindruck gehabt, daß die Handelsverträge uns hindern, der Landwirthschaft zu helfen; denn ohne Bindung der Getreidezölle hätten wir der Landwirthschaft helfen können, das hat sich besonders gezeigt bei dem Antrage des Grafen Kanitz. Die Grundsätze, die der Staatssekretär hinsichtlich der Zukunft entwickelt hat, lassen eine Verständigung als möglich erscheinen. Die Getreidezölle dürfen nicht gebunden werden. Von der Annahme des Antrages wird kein Vortheil zu erwarten sein.

Abg. **Förster-Neustettin** (Reform-P.) empfiehlt eine gründliche Vorbereitung des Neuabschlusses von Handelsverträgen hauptsächlich zum Schutze des inneren Marktes.

Abg. **v. Stumm** (Rp.): Ich werde für den Antrag Fritzen, aber gegen den Antrag Barth stimmen. Wir sollten zur Regierung das Vertrauen haben nach den Erklärungen des Staatssekretärs, daß sie für die Landwirthschaft das Nöthige thun wird.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Barth wird mit dem Verbesserungsantrag Fritzen gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen, der Reichspartei und der deutsch-sozialen Reformpartei angenommen.

Das Gehalt des Reichskanzlers und die übrigen Ausgaben des Etats der Reichskanzlei werden genehmigt.

In erster und zweiter Berathung genehmigt das Haus das Zusatzabkommen vom 4. Mai vorigen Jahres zur Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 9. September 1886.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns, und der Zivil-Prozeßordnung.

Staatssekretär **Nieberding** weist darauf hin, daß der Gegenstand bereits im vorigen Sommer aus Anlaß eines Antrages den Reichstag beschäftigt habe; der Gedanke der Vorlage habe damals schon allgemeine Zustimmung gefunden.

Abg. **Leuzmann** (frs. Vp.) bemängelt, daß nach der Vorlage von der Beschlagnahme ausgeschlossen sein soll dasjenige, was zur Bestreitung des nothdürftigen Unterhalts des Betreffenden und der von ihm zu unterhaltenden Personen nöthig ist. Man hätte dem Richter nicht die Entscheidung darüber überlassen, sondern ein gewisses Prozentverhältniß feststellen sollen.

Abg. **Bassermann** (natl.) empfiehlt, wie der Vorredner, zur Hebung verschiedener Zweifel und Meinungsverschiedenheiten eine Hinausschiebung der zweiten Lesung.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Gesetzentwurf beschäftigt sich nicht nur mit den Rechten, die das uneheliche Kind bekommen soll, sondern zieht auch das Recht des früheren Ehegatten und der früheren Ehefrau hinein. Das war nothwendig nicht nur mit Rücksicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch, sondern auf die eigenthümliche Judikatur des Reichsgerichts. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß der Gesetzentwurf nunmehr der geschiedenen Ehefrau dasselbe Recht giebt, wie der Ehefrau, die noch durch das Band der Ehe an den Ehemann gekettet ist. Bezüglich der Beschlagnahme der Löhne, die einen Betrag von 1500 M. übersteigen, soll eine Pfändung nicht stattfinden, wenn jemand daran nicht angestellt ist. „Dauernde" Lohnbezüge sollen nur solche sein, wo das Lohnverhältniß entweder auf mindestens ein Jahr oder mit mindestens dreimonatlicher Kündigungsfrist vereinbart ist. In der Praxis hat sich nun die Eigenthümlichkeit herausgebildet, daß man gegen einen, der nicht nachgewiesenermaßen über 1500 M. Einkommen hat, wegen Alimenten nicht vorgehen kann. An stelle des Begriffs „dauernd" ist eine Deklaration zu setzen, wonach eine bestimmte Kündigungsfrist vorgesehen ist. In bezug auf das Pfändungsrecht wird man erheblich weitergehen und namentlich bei der Revision der Zivilprozeß-Ordnung den Kreis der unpfändbaren Gegenstände erweitern müssen.

Nachdem noch die Abgg. Graf **Holstein** (k.), **Schwarze** (Z.) und **Schmidt**-Warburg (Z.) für die Vorlage gesprochen, schließt die erste Berathung. Die zweite wird in nächster Zeit stattfinden.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Handelsgesetzbuchs und eines Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche.

Staatssekretär **Nieberding**: Von dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird ein Theil des reichen Stoffes, den das Handelsgesetzbuch umfaßt, übernommen und es ist Aufgabe des Gesetzgebers, diesen Theil aus dem Handelsgesetzbuch zu beseitigen. Auch das Handelsgesetzbuch wird sich in allen Fragen von grundlegender Bedeutung denjenigen Anschauungen anschließen müssen, die der Gesetzgeber in dem gemeinsamen bürgerlichen Recht niedergelegt hat. Wir haben uns bemüht, den Charakter des alten Gesetzes möglichst zu wahren. Das Aktienrecht grundsätzlich umzugestalten, lag kein Anlaß vor, aber es mußten in einzelnen Punkten auf grund der Erfahrungen Aenderungen darin vorgenommen werden. Aenderungen haben wir ferner vornehmen müssen in der Stellung der Handwerker und Kaufleute in der Aufstellung des Firmenrechts. Ebenso mache ich aufmerksam auf die festere juristische Durchbildung der Prokura, auf die schärfere Begrenzung der Pflichten der Gehilfen und den Schutz der Lehrlinge im Handelsgewerbe. Ich hoffe, daß alles das von Ihnen als Verbesserungen anerkannt wird.

Neue gewerbliche Betriebsformen und Betriebszwecke, die in der Zwischenzeit emporgewachsen sind, haben wir im neuen Handelsgesetzbuch nicht außer Betracht lassen können; das sind die kaufmännischen Vermittelungsgeschäfte, die Handelsagenten, die Handelsmakler und die Lagerhalter. Diese werden um so bedeutsamer, umfangreicher und unentbehrlicher, je mehr sich im Handel die Vertheilung der Arbeit vollzieht, je komplizirter die Geschäftsverhältnisse werden und je mehr sich der Handelsverkehr international ausbildet. Erst in den letzten Jahrzehnten haben sich diese Geschäftsformen so ausgebildet, daß die neue Gesetzgebung sie berücksichtigen muß.

Zwischen dem alten Handelsgesetzbuch und der neuen Vorlage besteht ein weitgreifender Unterschied in der Begrenzung des Personenkreises, welcher dem Handelsgesetzbuch unterworfen sein wird. Das jetzige Handelsgesetzbuch gilt für Handelsgeschäfte, gleichviel wer die Geschäfte betreibt; das neue Handesgesetzbuch gilt nur für Kaufleute. Dadurch wird der Personenkreis eingeschränkt. Für unsere modernen Verhältnisse ist der alte Begriff des Kaufmanns zu eng. Der Bauunternehmer ist heutzutage nicht verpflichtet, Bücher zu führen, während vielleicht der Glasermeister, der im Hause des Bauunternehmers Fensterscheiben einsetzt, den kaufmännischen Pflichten unterworfen ist. Das ist ein Widerspruch. Ein großer Hotelier ist heute nicht Kaufmann, während der ihm gegenüber wohnende Kolonialwaaren-Händler es ist, trotzdem er nur den hundertsten Theil des Umsatzes hat. Der Besitzer einer großen Brennerei, der nur eigene Kartoffeln verarbeitet, ist nicht Kaufmann, der Besitzer der kleinsten Brennerei, der vom Nachbar Kartoffeln kauft, ist es. Diese Unklarheiten müssen beseitigt werden. Der Gesetzentwurf definirt diejenigen als Kaufleute, die nicht nur vermöge des Charakters, des sachlichen Inhalts des Geschäfts Kaufleute sind, sondern auch deshalb, weil ihr Betrieb einen gewissen Umfang angenommen hat. Bleibt der Umfang des Geschäfts hinter einer gewissen Grenze zurück, so soll der betreffende nur Kaufmann sein, wenn er seinen Geschäftsbetrieb in das Handelsregister einträgt. Die landwirthschaftlichen Betriebe fallen nicht unter das Handelsgewerbe; dagegen sollen die großen industriellen Unternehmungen, die neben dem landwirthschaftlichen Betriebe bestehen, dem Begriffe des kaufmännischen Unternehmens nicht entzogen werden. Die landwirthschaftlichen Nebenbetriebe, wie Molkerei, Obstzucht und dergleichen, sind mit dem landwirthschaftlichem Betriebe eng verwachsen, man kann ihnen nicht eine kaufmännische Buchführung und Bilanzaufstellung zumuthen. Anscheinend stehen wir hier vor einem umfangreichen Werk von vielen Paragraphen; es scheidet aber das Seerecht aus im großen und ganzen, und über die anderen Theile wird sich leicht eine Verständigung erzielen lassen. Wir haben es für unsere Aufgabe und Ehrenpflicht angesehen, dieses bedeutende Werk unter Zuziehung bedeutender Rechtsautoritäten, der Vertreter des Handelsstandes und der Landwirthschaft einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und wir erkennen es dankbar an, daß auch der Kaufmannsstand nach besten Kräften an dieser Kodifikation theilgenommen hat. So hoffen wir denn, daß diese Vorlage von Ihnen mit demselben Wohlwollen, derselben Energie und mit demselben Erfolge berathen werden wird, wie das Bürgerliche Gesetzbuch, und daß Sie dadurch auf dem Gebiete des Handelsrechts dem Handelsstande für immer eine unantastbare Stellung sichern werden. (Beifall rechts.)

Gegen 5½ Uhr wird die weitere Berathung bis Dienstag 1 Uhr vertagt; vorher Wahlprüfungen.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 4. d. M. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung von einer Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten und zum ersten Mal — den deutschen Schutzgebieten bis Ende v. J. überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, -Nickel- und Kupfermünzen Kenntniß genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über den Geschäftsbetrieb der öffentlichen Vorschußkassen, — die Vorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen u. s. w., — die Vorlage, betreffend den Auslieferungsvertrag zwischen dem Reich und den Niederlanden, sowie ein Antrag, betreffend die Besetzung einer Rathsstelle bei dem Reichsgericht. Außerdem wurde die Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommen und über Eingaben Beschluß gefaßt.

Die übrigen Beschlüsse haben wir gemeldet. —

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat die beantragte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Sigl in Sachen Seligstein contra Sigl wegen Beleidigung für die Dauer der gegenwärtigen Session nicht ertheilt.

Im Herrenhaus hat die wirthschaftliche Vereinigung unter Führung des Herrn von Franckenberg einen Antrag gestellt, worin die Regierung ersucht wird, dem von mehreren Parteien im Reichstage eingebrachten Margarinegesetz im Bundesrath ihre Zustimmung zu ertheilen. In der Begründung heißt es u. a.: „Die preußische Regierung dürfte sich überzeugt haben, daß ihre Abstimmung im Bundesrath gegen die Beschlüsse des Reichstages in den allerweitesten Kreisen der Landwirthschaft sowohl wie in anderen Schichten, welche Interesse an gesunder, unverfälschter Volksnahrung haben, nicht verstanden oder gebilligt worden ist. Die wirthschaftliche Vereinigung des Herrenhauses hat nahezu einstimmig dem zu gunsten einer wirksamen Bekämpfung der Verfälschung von Nahrungsmitteln und unlauteren Wettbewerbs gestellten Antrage zugestimmt." — Die Verhandlungen im Reichstage werden ja bald darüber Aufschluß geben, ob die Macht der Agrarier bereits so weit reicht, daß sie vermöge ihrer Mehrheiten in den Einzel-Landtagen auf Angelegenheiten des Reichs einen Einfluß ausüben können.

Partei-Nachrichten.

Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtage sind im kommenden Herbst vorzunehmen. Dabei wird das verschlechterte Landtagswahl-Gesetz vom 28. März 1896 zum ersten Male Anwendung finden. Bekanntlich theilt dies neue Wahl„recht" sämmtliche Wähler in drei Klassen, die nach deren Leistungen an staatlicher Einkommen- und Grundsteuer bemessen werden. Zur Verzuckerung dieser bitteren Pille hat man den Zensus fallen lassen, so daß jetzt auch die wählen können, welche nicht 3 M. direkte Steuer zahlen. Das Wahlrecht ist andererseits wieder an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, von denen diejenige, welche die Wahlberechtigung von einem halbjährlichen Aufenthalte am Orte abhängig macht, das Wahlrecht der Arbeiter am meisten verkümmert. Dies ganze Wahlrecht ist überdies werthlos durch die Dreitheilung und die indirekte Wahl. Je eine Klasse hat ein Drittel Wahlmänner zu wählen, und diese Wahlmänner wählen dann wieder den Abgeordneten. Die nichtbesitzende Klasse mit ihren 80 pCt. aller Wähler wird, da sie nur ein Drittel der Wahlmänner zu wählen hat, nie in der Lage sein, ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Und das war ja auch die Absicht der Reaktion, als sie die Entrechtung des Volkes durch das Wahlgesetz vornahm. Die Kalkulation der Reaktion ist aber falsch, denn kann das Volk seinem Willen nicht Geltung verschaffen durch die Landtagswahlen, dann auf anderem Wege und dann um so nachdrücklicher.

Durch das neue Gesetz ist sonst weder an der Zahl der die Zweite Kammer bildenden Abgeordneten noch an der Abgrenzung der bisherigen Wahlkreise etwas geändert worden. Verfassungsgemäß hat, wie bisher, alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten der Zweiten Kammer auszuscheiden, ebenso sind für die etwa inzwischen durch Todesfall erledigten Mandate Ersatzwahlen vorzunehmen.

In Erledigung kommen 12 Sitze der Konservativen, 7 der Nationalliberalen, 2 der fortschrittlichen, 1 der antisemitischen und 6 der sozialdemokratischen Partei (Kaden, 4. Wahlkreis der Stadt Dresden; Geyer, 80. ländlicher Kreis; Horn-Löbtau, 16. ländlicher Kreis; Postelt, 24. ländlicher Kreis; Schulze, 10. ländlicher Kreis; Stolle, 40. ländlicher Kreis.

Aus der Schweiz. Die Landesorganisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz hatte im vorigen Jahre eine Einnahme von 1381,30 und eine Ausgabe von 725,26 Frks., somit blieb ein Kassenbestand von 656,04 Frks. Für Agitation wurden 230,65, für Unterstützungen 218,45 Frks. ausgegeben.

Todtenliste der Partei. In Kappel bei Chemnitz ist der Parteigenosse Albert Geilhard, der der Partei seit den 70er Jahren angehörte und stets für die Bewegung thätig gewesen ist, aus dem Leben geschieden.

In Mannheim starb der Stadtverordnete Fritz Köber, der seit seiner frühesten Jugend zu unserer Partei hielt. Er war einer der Genossen, die am Weihnachtsabend des Jahres 1886 aus Frankfurt a. M. ausgewiesen wurden. Nach langer Wanderung fand er in Mannheim einen bleibenden Wohnsitz. Er war im Jahre 1893 Kandidat für die Reichstags- und Landtagswahl. Dem Stadtverordnetenkollegium gehörte er seit demselben Jahre an. Auch in seinem Berufe — er war Mechaniker — stand Genosse Köber seinen Mann. 1892 sandte ihn die Nähmaschinenfabrik Neidlinger als technischen Vertreter nach Brüssel.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen Beleidigung des Fabrikaufsehers Hermann Dahm in Sebaldsbrück wurde der verantwortliche Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung", Genosse Rhein, vom Schöffengericht zu 75 M. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängniß verurtheilt.

— Die „Volkswacht" in Breslau war angeklagt, die Ehre der dortigen Arbeiter dadurch beeinträchtigt zu haben, daß sie in Beziehung auf die Anstrengungen der Rheder, Streikbrecher in Breslau anzuwerben, geschrieben hatte, diese würden, wie aus der Abfassung der Kontrakte hervorgehe, doch nur die „Nothknechte" für kurze Zeit abgeben. Das Schöffengericht sprach den angeklagten Redakteur frei und die Berufungsinstanz schloß sich diesem Urtheil an. Erwähnen wollen wir noch, so bemerkt die „Volkswacht", daß die in diesem Falle gegen unser Blatt erfolgte Freisprechung die fünfte ist im neuen Jahre neben einer Verurtheilung. Auch ein Beitrag zur großen Belastung der Gerichte mit Arbeit.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an die Bureau-Angestellten der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher Berlins und Umgegend! Kollegen! Der Anwaltsverein hat in seiner am 21. Januar die seitens der von ihm eingesetzten Kommission gemachten Vorschläge zur Regelung unserer Arbeitsverhältnisse abgelehnt, trotzdem nicht nur Mitglieder jener Kommission, sondern eine noch größere Anzahl anständiger Arbeitgeber die Annahme aufs wärmste befürwortet und eine Aufbesserung unserer Lage als absolut nothwendig bezeichnet haben. Die Verweigerung auch des kleinsten Zugeständnisses zeigt uns deutlich, daß wir von dem guten Willen unserer „Brotherren" nichts zu erwarten haben, sondern aus eigener Kraft durch eine alle Berufsgenossen umfassende Organisation eine Aufbesserung unserer Arbeitsbedingungen erkämpfen müssen. Darum hinweg mit der Isolirung und hinein in die Organisation! Kollegen! Noch stehen uns Mittel und Wege zur Verfügung, um unserem guten Recht auf ein menschenwürdiges Leben zum Siege zu verhelfen, und diese sollen in der auf den 9. d. M. nach den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, einberufenen Versammlung berathen werden.

Wer noch ein wenig Interesse für sein und seiner Kollegen Wohl und Wehe hat und nicht immerfort für einen Hungerlohn arbeiten will, erscheine in dieser großen öffentlichen Protestversammlung. Niemand fehle! Die Agitationskommission.

Die lokalorganisirten Hausdiener, Packer und Kutscher Berlins, die auf dem Boden der Halberstädter Kongreßbeschlüsse stehen, werden auf die zu heute Abend 9 Uhr nach den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, einberufene Versammlung aufmerksam gemacht, wo u. a. zu der bevorstehenden Leipziger Berufs-Konferenz Stellung genommen und verschiedene für uns wichtige Anträge besprochen werden sollen. Der Einberufer: Karl Alboldt, Bezirksleiter für Berlin ꝛc.

Ueber eine Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die sich am Sonntag mit den Differenzen beschäftigte, die innerhalb der Buchdruckerorganisation wegen der Tarifgemeinschaft schweben, bringt die Stumm'sche „Post" einen Bericht. Danach soll der Vorsitzende Massini gesagt haben, der „Vorwärts" verbreite unwahre Angaben über die Buchdrucker, lediglich um die Tarifgemeinschaft in Mißkredit zu bringen und die Masse gegen die jetzige Leitung des Verbandes aufzustacheln. Wenn das der Vorsitzende Massini wirklich gesagt haben sollte, so würde er sich einer um so gröblicheren Entstellung des Sachverhalts schuldig gemacht haben, als gerade er selbst sich schon auf die im ganzen wohlwollende Besprechung der Tarifgemeinschaft berufen hat, die seinerzeit der „Vorwärts" brachte. Weiter soll, nach dem Bericht der „Post", der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Döblin, u. a. erklärt haben: Es sei recht charakteristisch, daß die Opposition gegen die Tarifvereinbarung vornehmlich gestützt werde von der sozialistischen Parteipresse. Stimmt diese Angabe der „Post", dann hat Döblin verschwiegen, daß der größere Theil der Parteipresse die Tarifgemeinschaft nicht bekämpft. Dieses Verschweigen ist für den sonst so redseligen Herrn Döblin unzweifelhaft äußerst charakteristisch.

Den Gewerkschaften wird in der von unserer Genossin Frau Klara Zetkin redigirten Frauen-Zeitschrift „Die Gleichheit" dringend empfohlen, dafür zu sorgen, daß den Gewerkschaftskartellen beziehentlich sonstigen Kommissionen, die mit den Fabrikinspektoren in Verbindung treten, um Beschwerden vorzubringen, wenigstens eine Frau angehört, deren Aufgabe es sei, die Arbeiterinnen „auf das Wirken des gewerkschaftlichen Vermittlungsgliedes aufmerksam zu machen, ihre Beschwerden über gesetzlich unzulässige Arbeitsbedingungen entgegenzunehmen, zu sammeln, dem Kartell vorzulegen, allein oder mit dessen Hilfe das diesbezügliche Material zu prüfen, kurz alle jene Arbeiten zu leisten, welche durch das Fraufein erleichtert und gefördert werden. Wo irgend es durchzuführen ist, da sollte man als weibliches Kommissionsmitglied eine Arbeiterin wählen. Denn in täglicher Berührung mit den Kameradinnen fällt ihr deren Vertrauen zu, erhält sie Kenntniß von Mißständen, welche auf anderem Wege — auch durch die Betriebsrevisionen — kaum je, wenn nicht zufällig ermittelt werden können."

Wir täuschen uns, sagt die „Gleichheit" weiter, nicht über die Schwierigkeiten, welche einer Verwirklichung der Anregung entgegenstehen. „Arbeiterinnen, welche den Aufgaben in den Beschwerdekommissionen gewachsen sind, lassen sich nicht nach Belieben in jedem Orte aus der Erde stampfen. Wohl aber können sie erzogen werden, und im Interesse der Arbeiterinnen wie dem der Gewerkschaften müssen sie erzogen werden. Nur ein Vortheil sei hier hervorgehoben: Indem die Gewerkschaften zur Erledigung der neuen Aufgaben Arbeiterinnen heranziehen, gewinnen sie von einer neuen Seite aus eine stete Fühlung mit den indifferenten, unorganisirten Arbeiterinnenmassen, gewöhnen sie diese, unter einem neuen Gesichtspunkte die Gewerkschaftsorganisation als ihre natürliche Interessenvertretung zu betrachten. Die weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen werden sich unter den Arbeiterinnen als treffliche Freiwerber für die Organisation erweisen."

Aus Weißenfels theilt das „Volksblatt für Halle" über den Schuhmacherstreik mit, daß noch gegen 1000 Personen zu unterstützen sind.

In Hamburg haben die Korkschneider der Firma Th. Kruse (Hopfenmarkt 3) die Arbeit eingestellt.

Aus Elberfeld berichtet das Wolff'sche Bureau: Einhundert jugendliche Arbeiter der Kattundruckerei von Schlieper u. Baum haben die Arbeit eingestellt, weil sie sich weigern, einer von der Firma eingerichteten, seitens der Düsseldorfer Regierung empfohlenen Zwangs-Krankenkasse beizutreten.

Die Duisburger Maurer haben den Meistern und Bauunternehmern folgende Forderungen unterbreitet: zehnstündige Arbeitszeit im Sommer und neun- beziehentlich achtstündige im Winter, 42 Pf. Stundenlohn; für Ueberfeierabend-Arbeit, die, wie Nacht- und Sonntagsarbeit nur gestattet sein sollen, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der Verkehr gehemmt ist, werden 48 Pfennige, für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Pfennige Stundenlohn verlangt.

Ein ungarisches Fachblatt für Handlungsgehilfen ist am 15. Januar in Budapest erschienen. Es betitelt sich: „A Kereskedö-segéd" („Der Handlungsgehilfe"). Redaktion und Administration befinden sich Budapest, Akaziengasse 34, I. Das Blatt steht auf sozialistischem Boden.

Aus Italien. In Ancona legten am Freitag sämmtliche Hafenarbeiter die Arbeit wegen Lohnstreitigkeiten nieder. 48, die sich weigerten, angeblich eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, wurden verhaftet. Ferner streiken wegen Lohndifferenzen seit Sonnabend in Savona 2000 und in Genua 3500 Kohlenverlader.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 8. Februar, 8 Uhr 42 Minuten abends. (Privat-Depesche des „Vorwärts".) Große Ansammlungen Neugieriger und ein starkes Polizei-Aufgebot halten den Scharmarkt besetzt. Bisher wurde von keiner Seite die Ruhe gestört. Von den am Sonnabend Verhafteten wurden 52 des Landfriedensbruches Beschuldigte in Untersuchungshaft behalten. Auf der im Hamburger Gebiete liegenden Insel Wilhelmsburg tödtete ein Streikbrecher einen der am Streik Betheiligten durch vier Schüsse. —

Neuruppin, 8. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Die gestrigen Züge 7, 8, 9 und 10 und die heutigen 1 und 2 der Eisenbahn Pantinenaue-Neuruppin mußten wegen Schneeverwehung ausfallen. Mit dem heutigen Zuge 3 ist der Betrieb wieder hergestellt.

Köln, 8. Februar, Nachm. 2 Uhr. Der Rheinwasserstand ist 7,60 Meter. Das Wasser steigt langsam, der vorjährige höchste Stand ist um 7 Zentimeter überschritten. Die Werften sind überschwemmt, ebenso die niedrigeren Straßen, in denen Boote verkehren und Nothstege geschlagen sind. Die Schiffbrücke ist wegen des Hochwassers abgefahren. Der Schiffsverkehr mit Mülheim a. R. wird noch theilweise aufrecht erhalten. In Koblenz steigt der Rhein. Die Mosel fällt langsam.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (B. H.) Die „Frankf. Ztg." meldet aus Leipzig, daß bei einem Großfeuer in der Buchdruckerei von Fürstenau zwei Arbeitsmädchen schwer verletzt wurden; ein drittes trug eine leichtere Verwundung davon.

Mainz, 8. Februar, Vorm. 10 Uhr. Der Rhein ist über die Ufer getreten, die Schiffahrt ist eingestellt. Der Wasserstand hat sich seit gestern um 23 Zentimeter erhöht. Jetzt ist Stillstand eingetreten.

Bern, 8. Februar. (B. H.) Auch in der Umgebung von Zermatt sind zahlreiche Lawinenstürze vorgekommen.

Kopenhagen, 8. Februar. (W. T. B.) Der östliche Theil des Sundes war heute für Dampfschiffe fahrbar, der westliche Theil jedoch gesperrt. Wegen des stillen Wetters führt der Sund kein Treibeis. Im westlichen Theil des großen Belts schwimmt viel Treibeis, in den übrigen Theilen zerstreute Eismassen. Im Kattegat haben sich die Eisverhältnisse verschlimmert.

Warschau, 8. Februar. (B. H.) Bei der Ueberführung eines Löwenpaares aus dem Hauptkäfig in einen Reservekäfig entstand in der Menagerie Grail eine unbeschreibliche Panik. Die Löwen entkamen. Das Publikum, das in wilder Hast den Ausgang gewinnen wollte, bildete einen unentwirrbaren Knäuel. Zahlreiche Personen wurden in dem Gedränge verletzt. Unter großen Mühen ist es dem Menagerie-Personal gelungen, die Löwen wieder in den Käfig zu schaffen.

Athen, 8. Februar. Behufs Unterstützung der aus Kreta geflüchteten Personen wird die Regierung von der Kammer einen Kredit verlangen. Nach Milo werden Zelte und Proviant für die dort Ankommenden gesandt. Der Kommandant des Arsenals in Salamis erhielt Befehl, weitere Schiffe zur Abfahrt nach Kreta bereitzuhalten.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.**

Ueber die Situation in Hamburg

wird uns von dort am Montag geschrieben: Von den Hafenarbeitern fanden heute Morgen etwa 200 Mann wieder Arbeit, im Laufe des Tages noch einige. Die Baase boten 3 M. Tagelohn. Den Staatsquai-Arbeitern wurde ausweichende Antwort ertheilt. Eingestellt ist noch niemand von ihnen.

Ueber die unliebsamen Auftritte, die sich am Sonnabend zwischen einigen am Streik betheiligt gewesenen Arbeitern und Streikbrechern abspielten, wird uns folgendes Nähere mitgetheilt:

Die Hamburger Polizeibehörde hatte am Sonnabend in Kenntniß des Umstandes, daß der Ausstand an diesem Tage sehr wahrscheinlich sein Ende finden würde — der Kommissar Rosalowski, Chef der politischen Polizei, machte schon am Freitag Nachmittag den Vertretern der bürgerlichen Zeitungen, die sich während des Ausstandes täglich ihre Streikberichte von ihm abholten, die Mittheilung, daß der Streik bestimmt am Sonnabend zu Ende komme, es dürfe aber von dieser Mittheilung noch kein Gebrauch gemacht werden — Vorkehrungen getroffen, um die Streikbrecher vor Reibereien mit den Hamburger Hafenarbeitern zu bewahren. Es waren die Wachen in der Hafengegend durch Mannschaften aus den Vororten verstärkt, während eine Abtheilung Wandsbecker Husaren dazu beordert war, einen großen Trupp Streikbrecher bis zum Bahnhof in Wandsbeck zu geleiten. Als in den Versammlungen der Ausständigen das Resultat der Abstimmung und der Beschluß der Beendigung des Streiks verkündet war, gingen viele Arbeiter sofort wieder zum Ausguck. Natürlich war der Groll und Grimm der Streikenden über die Niederlage groß und so konnte es denn nicht ausbleiben, daß Reibereien in verschiedenen Straßen in der Hafengegend zwischen Streikenden und Streikbrechern, die zur Lohnauszahlung an Land kamen, vorkamen, die aber sammt und sonders von geringer Bedeutung waren. Etwa gegen 1/29 Uhr kam ein Kohlenarbeiter, der mit im Ausstand gewesen war, in die Wirthschaft von Hirschfeld, Ecke Scharmarkt und Bleichergang. Der Inhaber dieses Lokals ist Stauervize und hat sich am Streik nicht betheiligt. Allsonnabendlich wurde in der Wirthschaft einer größeren Anzahl Streikbrecher der Lohn ausgezahlt, mit deren einem der erwähnte Streikende in Streit gerieth. Der Streit artete bald in Thätlichkeiten aus und wurde schließlich mit Revolvern auf dem Scharmarkt ausgefochten. Polizeibeamte eilten jedoch bald herbei und brachten die Kämpfenden auseinander. Durch die Schüsse waren natürlich viele Leute herbeigelockt worden, befindet sich doch der Scharmarkt in der belebtesten Stadtgegend, wo am Sonnabend Abend der Verkehr stets immens ist. Die Menge wurde zum Auseinandergehen aufgefordert, konnte dieser Aufforderung aber nicht sofort folgen, weil die Ansammlung zu groß war. Die Schutzleute, deren sich nun schon eine große Anzahl aus der am Scharmarkt belegenen Wache eingefunden hatte, drängten die Leute mit Gewalt zurück, zogen zu diesem Zwecke blank und hieben mit flacher Klinge auf die Menschen ein.

Der Scharmarkt war bald gesäubert und die Menge war in die in denselben einmündenden engen Straßen getrieben, wo sie von den fortwährend mit dem Säbel dreinhauenden Schutzleuten verfolgt wurden. Die Schutzleute eilten durch die engen Straßen und schlugen auf alles ein, was sich ihnen entgegenstellte. So wurden der Scharsteinweg, der kleine und vor allem der große Bäckergang rein geschlagen und durch den Herrengraben ging es nach dem Scharthor. Ganz entsetzliche Szenen haben sich dabei abgespielt.

An der Ecke des Scharmarktes kommt ein kleiner Junge, der die „Neue Hamburger Zeitung" austrägt, aus einem Hause heraus, um seine Zeitung in ein etwas weiter belegenes Haus zu bringen. Da giebt ihm ein Schutzmann einen Hieb mit dem Säbel ins Gesicht, daß der Kleine blutüberströmt zusammenbricht. Ein alter Arbeiter geht ruhig den Hohlenweg hinunter, ohne sich um Publikum oder Polizei zu kümmern. Er geht aber einem Schutzmann zu langsam und erhält dafür von dem Polizisten mehrere so wuchtige Hiebe, daß er zusammenbricht und von einigen anderen Arbeitern in eine nahegelegene Wirthschaft gebracht werden muß.

Das Mitgetheilte wird genügen, um das Auftreten der Schutzleute zu kennzeichnen. Abg. v. Elm, sowie der Vorsitzende des Zentral-Streikkomitees, ferner der Vorsitzende des Hafenarbeiter-Verbandes und noch ein anderer Herr führten über das Verhalten der Schutzleute Beschwerde auf dem Stadthause, wonach mehrere höhere Polizeibeamte auf dem Schauplatz erschienen. Von dem Augenblick an änderte sich das Verhalten der Schutzleute. Gegen 1/2 Uhr nachts war wieder Ruhe. Zu Montag früh befürchtete man die Wiederkehr des Krawalls. Die drei Wachen in der Hafengegend waren um 200 Schutzleute verstärkt. Alle Hafenpolizeibeamten waren in Dienst, außerdem waren viele Kriminalbeamte an der Wasserkante thätig. Dicht bei einander standen die drei- und vierfach verstärkten Posten. Aber alles blieb ruhig, obwohl die vielen Tausende der Hafenarbeiter von etwa 5 1/2 bis nach 7 Uhr auf dem „Ausguck" standen. Nicht eine einzige Sistirung oder Verhaftung kam vor.

Das hat folgende Gründe: Am Sonnabend hatten die Polizeibeamten den direkten Auftrag, mit aller Energie und Entschiedenheit die Straßen von Aufläufen zu säubern und am Montag hatten sie den Auftrag, sich so ruhig und höflich gegen die früheren Streikenden zu verhalten, wie nur möglich. Würde man eine solche Anordnung auch am Sonnabend gegeben haben, so wäre der Krawall vermieden worden. So werden viele Leute vielleicht ins Gefängniß, wenn nicht gar ins Zuchthaus wandern müssen. Man soll an 170 Mann am Sonnabend verhaftet haben, wovon ein Theil jedoch wieder entlassen ist.

Das Zentral-Streikkomitee der Hafenarbeiter Hamburgs erläßt im „Hamburger Echo" einen längeren Aufruf „an alle Arbeiter und Arbeiterfreunde", worin es u. a. heißt:

„Wir nehmen die Arbeit wieder auf, nicht im Vertrauen darauf, daß jetzt die Herren Arbeitgeber ihr Versprechen wahr machen werden, die Mißstände zu beseitigen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Wir sind in den Kampf eingetreten, weil unsere Arbeitgeber uns noch niemals Wohlwollen entgegengebracht, unsere Bitten stets schroff zurückgewiesen haben; wir sind auch heute noch überzeugt, daß wir für unsere berechtigten Forderungen abermals werden kämpfen müssen. Das Wort des Herrn Laeisz: „Es steht mir völlig frei, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Das fällt mir aber gar nicht ein," ist nach unserer Meinung bezeichnend für die gesammte Arbeitgeberschaft. Es wird wahrscheinlich allen den Herren nicht einfallen, die niedrigen Heuer der Seeleute, die Hungerlöhne der Kesselreiniger zu erhöhen, das fluchwürdige System der Heuerbaase — der „Landhaifische" — und alle die schreienden Mißstände im Hamburger Hafen zu beseitigen; die Herren Stauer werden nach wie vor kolossale Verdienste in ihre Tasche stecken, die Schauerleute für ihre schwere Arbeit ein verhältnißmäßig geringes Entgelt empfangen. Im Interesse unserer Kollegen wünschen wir, daß wir uns täuschen möchten, daß die Herren Arbeitgeber aus diesem Kampf die Lehre gezogen haben, daß, um Streiks zu vermeiden, die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden müssen. Aber nochmals! Wir glauben nicht an den ehrlichen Willen der Herren Arbeitgeber. Hätten sie denselben besessen, der Kampf hätte durch gegenseitiges Entgegenkommen schon in den ersten Wochen sein Ende gefunden. Die Verantwortung für die gewaltige Schädigung der Interessen Hamburgs und seiner gesammten Bevölkerung tragen durch ihr schroffes, ablehnendes Verhalten allein die Arbeitgeber, nicht wir Arbeiter!

Wenn der Kampf einen thatsächlichen Sieg uns nicht gebracht, so ist der moralische Erfolg doch auf unserer Seite. Die schreienden Mißstände wären ohne diesen langen Kampf niemals der Welt zur Kunde gekommen. Jetzt weiß die Welt, jetzt weiß es die Regierung — wir werden jetzt sehen, wer Abhilfe schafft! Die allgemeine Sympathie der Bevölkerung war auf unserer Seite und sie wird es abermals sein, wenn die Herren Arbeitgeber und die Regierung durch ferneres Negiren dieser Zustände einen abermaligen Kampf nothwendig machen.

Namens unserer Kollegen legen wir hierdurch Protest ein gegen das Verhalten der Behörden gegenüber den Streikenden. Wohl selten ist den Arbeitgebern in einem wirthschaftlichen Kampf seitens der Behörden ein solcher Schutz zu theil geworden, wie bei diesem Streik, wodurch allein dieselben die Macht fanden zu der absoluten Verweigerung jedweden Verhandelns mit den Arbeitern.

Was jetzt kommen wird, wir wissen es: Die Rache der „Sieger" gegen die Arbeiter! Die während des Streiks in Arbeit getretenen hiesigen und fremden Arbeiter, die aus Indifferentismus uns den Kampf in so unsäglicher Weise erschwert haben, werden, um das Angebot der Arbeitskraft künstlich auf anormaler Höhe zu halten, in den nächsten Wochen trotz ihrer notorischen Unbrauchbarkeit noch geschützt werden; die alten Hamburger Arbeiter, die durch ihren unermüdlichen Fleiß zum Blühen von Hamburgs Handel und Wohlstand beigetragen haben, werden zum theil gemaßregelt werden, zum theil noch arbeitslos bleiben bis zum Eintritt des laut eigener Aussage der Arbeitgeber nach Beseitigung der momentanen schwierigen Eisverhältnisse in der Elbe zu erwartenden flotten Geschäftsganges.

Arbeiter und Bürger Hamburgs! Arbeiter Deutschlands! Ihr habt uns zur Seite gestanden während der Dauer des Kampfes, wir bitten Euch, verlaßt uns nicht während der paar für uns nun noch kommenden schweren Wochen. Wir haben erkannt, daß es ein Fehler von uns war, daß wir unorganisirt in den Kampf eingetreten sind. Wir haben während der elf Wochen gelernt, wie nothwendig die ständige, dauernde Organisation ist. Helft uns dieselbe aufbauen!

Sorgt gemeinsam mit den in Arbeit tretenden Hafenarbeitern für Unterstützung der Gemaßregelten, der armen nothleidenden Familien. Was Ihr jetzt an uns thut, wir werden es Euch dermaleinst mit Zinsen vergelten können. Wir kämpften nicht nur für uns, wir kämpften als klassenbewußte Arbeiter für das Gesammtinteresse der Arbeiterschaft! Dank, tausendmal Dank für Eure uns geleistete Hilfe! Im Interesse der Organisirung unserer Kollegen steht uns bei, den Hunger von unseren Brüdern fernzuhalten! Bedenkt, daß viele tausende Hamburger Hafenarbeiter aus Heroismus, aus Solidaritätsgefühl mit in den Kampf eingetreten sind, ihre jahrelang innegehabten festen Stellungen geopfert haben!"

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, die einer Anzahl Hafenarbeitern und namentlich den am Streik betheiligt gewesenen wegen Arbeitsmangels gekündigt hatte, hat Entlassungen nicht vorgenommen.

In Nürnberg beschloß eine allgemeine Arbeiterversammlung nach einem Referate des Genossen Segitz über die Lehren des soeben beendigten Hamburger Ausstandes, die Opfer des Kampfes auch noch fernerhin nach besten Kräften zu unterstützen. Ein Antrag, der die Gewerkschaften ersucht, wenigstens noch 2 Wochen die Extrasteuern von 50 Pf. pro Mitglied und Woche für Hamburg zu bezahlen, fand Annahme.

Die Sammelliste für die Hamburger Hafenarbeiter muss Raummangels wegen heute ausfallen.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung für die Neueintheilung der Wahlbezirke für die Stadtverordneten-Wahlen hielt gestern seine erste Sitzung ab. Der Magistrat will eine gerechtere Vertheilung der Wahlbezirke vornehmen, da durch die Zunahme der Bevölkerung an der Peripherie in diese Wahlbezirke enorm gewachsen sind. So hat beispielsweise der 2. Kommunal-Wahlbezirk eine Wählerzahl von 2797; während der 40. Bezirk 23 802 Wähler aufzuweisen hat. Von einem Theil der Freisinnigen wurde der Antrag gestellt, die Vorlage zu vertagen, bis die Frage der Eingemeindung der Vororte geklärt ist und ferner wurde hervorgehoben, daß der Minister des Innern einer Deputation gegenüber geäußert habe, daß er mit dem Gedanken umgehe, das plutokratische Wahlsystem, wie es die preußische Städte-Ordnung vorschreibt, zu ändern. Von den Stadtverordneten Borgmann und Bruns wurde dieser Verschleppungsantrag energisch bekämpft. Den Vertagungsantrag annehmen heiße ihn überhaupt verwerfen und die freisinnige Majorität solle nicht aus Furcht etwa, einige Mandate zu verlieren, den letzten Rest ihres guten Namens opfern. Ein Theil der Freisinnigen stellte den Eventualantrag, wenn die Vertagung abgelehnt wurde, dann die Zahl der Stadtverordneten um 36 zu vermehren. Der Ausschuß beschloß den Magistrat um Auskunft über den Stand der Eingemeindungsfrage zu ersuchen und sich bis zum Eingang dieser Antwort zu vertagen.

Berlin soll nunmehr das erste „Kinder-Asyl" erhalten, welches ursprünglich als „Findelhaus" geplant war. Die Satzungen für dieses Asyl sind schon im Jahre 1892 vom Magistrat ausgearbeitet worden, nachdem ihm die Hinterlassenschaft des verstorbenen Rentiers Friedrich Wilhelm Schmidt und seiner Ehegattin Friederike Henriette Eleonore geb. Götze zugefallen war. Wegen der Auszahlung der Zuwendung mußte der Prozeßweg beschritten werden, schließlich wurden dem Magistrate, nachdem der Prozeß drei Instanzen durchlaufen hatte, rund 850 000 Mark zugesprochen. Der Magistrat hat zu dem Zwecke der Stiftung die Grundstücke Kürassierstraße 21/22 angekauft, welche abgerissen und durch den Neubau des Stiftshauses ersetzt werden sollen. Der angrenzende Waldeckpark wird dem Stiftshause Licht und Luft in wünschenswerthem Maße zuführen. Das Haus soll nach den aufgestellten Satzungen den Zweck haben, aufgefundene Kinder zu verpflegen und zu erziehen. Aber auch andere in und außer der Ehe geborene Kinder sollen aufgenommen werden, deren Eltern zwar bekannt sind, sich aber in Krankenhäusern befinden, ausgewandert oder auch sonst nicht zu ermitteln sind. Ferner sollen auch solche uneheliche Kinder Aufnahme finden, deren Mütter die Aufnahme ausdrücklich nachsuchen.

Lokales.

Von Berliner Eheschließungen ist in den eben erschienenen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin für's Jahr 1895 mancherlei zwischen den Zahlen zu lesen. Es wurden insgesammt 17 238 Eheschließungen vollzogen. Der jüngste Ehemann hatte erst das 18. Lebensjahr vollendet; unter 20 Jahren waren im ganzen 6. Zeitiger noch kamen die Bräute zum Standesamt: 57 waren erst 16 Jahre alt, und 1236 Jungfrauen hatten noch nicht das 20. Jahr erreicht. Unter den Heirathenden waren ein Wittwer von — 21 und eine Wittwe von — 20 Jahren. Die relativ meisten Ehen der Männer (1969) wurden mit 25, die der Frauen (1571) mit 22 Jahren geschlossen. Manche entschlossen sich aber auch sehr spät zu dem ernsten Schritt. Die älteste Jungfrau war schier 70 Jahre alt, als sie im Myrthenkranz erschien, und ihr Auserwählter ein Junggeselle von 75 Jahren. 13 heirathende Männer standen zwischen 70 und 74 Jahren, 7 waren noch älter. Die beiden Senioren von 77 Jahren vermählten sich mit Frauen von 41 und 56. Ein 75jähriger Bräutigam führte eine 29jährige heim, ein Zweiundsiebziger eine 23jährige und ein Neunundsechziger eroberte noch eine Braut von 21 Jahren. Umgekehrt hatte eine Frau von 60 Jahren es auch einem 25jährigen Manne angethan, und eine Fünfzigerin bestrickte gar einen Jüngling von 21 Jahren. Unter 1594 Wittwern, die sich wiederverheiratheten, haben 549 nicht das Trauerjahr innegehalten. Von 569 geschiedenen Männern vermählten sich 277 vor Ablauf eines Jahres, 102 nach einjähriger Ehelosigkeit. Von geschiedenen Paaren fanden sich 5 wieder zusammen „trotz alledem"; ein Paar vereinigte sich im 17. Jahre nach der Scheidung. Unter 1025 Wittwen, die einen neuen Ehebund schlossen, heiratheten nur 79 innerhalb des Trauerjahres. Von 447 geschiedenen Frauen heiratheten 185 vor Ablauf, 107 nach Ablauf eines Jahres. Bei den 17 238 Paaren waren 15 075 Junggesellen und 15 766 Jungfrauen. Ein Junggeselle wagte es mit einer Wittwe vierter Ehe, ein anderer schreckte von einer Geschiedenen vierter Ehe nicht zurück; andererseits heiratheten fünf Jungfrauen Wittwer vierter Ehe, und 39 Jungfrauen geschiedene Männer dritter Ehe. Der Ehemann war in 39 Fällen über 30 Jahre älter, in 56 über 25 Jahre und in 139 über 20 Jahre älter als die Gattin; in je einem Falle war er über 30 und über 25 Jahre jünger, und in 10 Fällen über 20 Jahre jünger. Unter den 17 238 Eheschließenden waren in 2013 Fällen Braut und Bräutigam geborene Berliner. 881 geborene Berlinerinnen heiratheten einen Märker, 1948 einen Bräutigam aus anderen preußischen Provinzen, 266 einen Deutschen aus anderen Bundesstaaten, und 111 schenkten einem Ausländer ihr Herz.

Daß die Finanzlage der Stadt Berlin für das nächste Etatsjahr eine sehr ungünstige sein wird, ist schon in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung angedeutet worden und wird jetzt von verschiedenen Seiten bestätigt. So erklärte der Stadtrath Voigt in dem Ausschusse der Stadtverordneten-Versammlung, daß der Magistrat die Frage der Ausbreitung des öffentlichen Uhrenwesens unabhängig von den Uhren der Uraniasäulen behandeln, wegen der ungünstigen Finanzlage der Stadt aber vorläufig aufschieben müsse. Bei alledem machen Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit sich nichts daraus, für die Wilhelms-Verherrlichung hunderttausende Mark unnütz zu verpulvern!

Unentgeltlicher Eislauf für Schulkinder wird jetzt auch in der „Voss. Ztg." gefordert. Eine diesem Blatte zugehende Zuschrift, in der der nicht mehr ganz neue Satz aufgestellt wird, daß für die Kräftigung der Gesundheit bei unserer großstädtischen Jugend nicht leicht zu viel geschehen kann", empfiehlt Schaffung von städtischen Eisbahnen, die den Schulen, den höheren wie den Gemeindeschulen, zur Verfügung zu stellen seien. An Plätzen, auf denen sich leicht eine Eisbahn anlegen lasse, fehle es in keinem Stadttheil. Gleichzeitig wird in der „Päd. Ztg." vorgeschlagen, einzelne Partien der städtischen Parkanlagen in Eisbahnen zu verwandeln, wie das z. B. alljährlich im Ausstellungspark am Lehrter Bahnhof geschieht. Erfreulicherweise scheint keiner dieser eifrigen Jugendfreunde zu fürchten, daß die Eltern, namentlich die der „höheren" Schüler, sich durch die Gewährung allgemein unentgeltlichen Eislaufes für ihre Kinder ebenso beleidigt und zu „Almosenempfängern degradirt" fühlen könnten, wie das angeblich von der Gewährung allgemein unentgeltlicher Lehrmittel für Gemeindeschulkinder zu befürchten sein soll.

In Sachen der Versicherungsgesellschaft „Konkordia" erhalten wir folgende Zuschrift zur Veröffentlichung: Die Kommission, welche in der am 31. Januar im Kolberger-Salon abgehaltenen Versammlung gewählt wurde, giebt bekannt, daß am Mittwoch, den 10. Februar, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20, eine Versammlung sämmtlicher Mitglieder stattfindet, in der über die Frage, ob die Mitglieder ferner noch der Kasse angehören wollen, Beschluß gefaßt werden soll. Es ist Pflicht eines jeden Versicherten, diese Versammlung zu besuchen. (Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.) Emil Schumann, Kolbergerstr. 23; Adolf Neümann, Pasewalkerstr. 3.

Pietätlos. Ein Parteigenosse schreibt uns: Ich bin noch nicht lange in Berlin und mit weltstädtischen Gebräuchen unbekannt. Mag man nun auch hier in manchen Dingen freier denken als an kleinen Orten, so wollte mir doch eine Gepflogenheit, von der ich vorige Woche mit Befremden Kenntniß nehmen mußte, in sehr hohem Maße ungehörig erscheinen. Ich sah durch eine Straße im Norden der Stadt einen Leichenkondukt ziehen. Anscheinend war es ein Parteigenosse, dem die letzte Ehre erwiesen wurde; ein recht zahlreiches Gefolge marschirte zu Fuß hinter dem Trauerwagen und ich bemerkte unter den Kränzen auch solche mit rother Schleife. Dies wäre alles recht erhebend gewesen, wenn ich unter den Leidtragenden nicht manche Personen gewahr geworden wäre, die durch die brennende Zigarre, die ihnen aus dem Munde heraushing, den ganzen Eindruck roh gestört hätten. Ich bin gewiß nicht kirchlich gesinnt, aber durch diese Erscheinung wurde mein Empfinden tief verletzt. Mir däucht, daß Leute, die nun einmal ihre Zigarre absolut nicht missen können, lieber zu Hause bleiben sollten; ist es aber einfach Gedankenlosigkeit, welche Leidtragende diese Unschicklichkeit begehen läßt, so tragen vielleicht diese Zeilen dazu bei, die betreffenden auf das häßliche ihres Benehmens aufmerksam zu machen. — Wir können dem Einsender der Zuschrift nur recht geben.

Sozialwissenschaftlicher Studentenverein und Freie wissenschaftliche Vereinigung vertheilen gegenwärtig mit Genehmigung des Rektors in der Universität Aufrufe, die sich für Errichtung von Ehrengerichten aussprechen. Man vermeint dadurch den Duellprügeleien zu steuern.

In dem Augenblicke, da der Prozeß Leckert-Lützow wiederum die Oeffentlichkeit beschäftigt, hat, wie die „Volks-Zeitung" schreibt, eine der traurigsten Gestalten, die darin aufgetreten sind, der Polizei-Agent Gingold Stärk, den Berliner Staub von seinen Füßen geschüttelt und ist angeblich nach London verduftet. Er hat jede polizeiliche Abmeldung und natürlich auch die Bezahlung des Wechsels von 1000 M., den er auf ein bekanntes hiesiges Kreditinstitut gezogen, unterlassen. Der Wechsel war am Freitag fällig. — Wir waren schon vor Wochen in der Lage, von den Vorbereitungen des Ehrenmannes, Berlin zu verlassen, zu berichten.

Vom Wirken der politischen Polizei, deren Nothwendigkeit der Reichskanzler dieser Tage befremdlicherweise mit der Schutzlosigkeit des Bürgers begründet hat, erzählt die „Berliner Zeitung" folgendes: „Neuerdings scheint sich die Polizei sehr für das Denkmal der Märzgefallenen zu interessiren. Bei dem Vorsitzenden des Komitees, Herrn Weidemann, erschien ein feingekleideter Mann, der in Abwesenheit des Herrn Weidemann unter dem Vorgeben, daß sich ein Freund am Rheine für die Sache interessire und zu dem Zwecke bereits einen Fonds gesammelt habe, allerhand Fragen an Frau Weidemann richtete. Kurz darauf erschien ein Herr, der sich Sufnowski nannte, bei dem Schriftführer des Komitees mit ganz ähnlichen Erzählungen. Diesmal wohnte der Freund in Krefeld, war der Sohn eines alten Achtundvierzigers, Rentier, und hatte gleichfalls einen Fonds gesammelt, den er an das Komitee abliefern wollte. Sein Abgesandter sollte sich erkundigen, ob dem Komitee auch sichere Leute angehörten, und wollte zu dem Zweck die Namen der Komiteemitglieder wissen, denn „solche Leute in kleinen Städten sind sehr vorsichtig". Der Schriftführer des Komitees theilte dem Manne in Seelenruhe die Namen mit, die alle veröffentlicht sind, gab auch sonst alles Material her, das er hatte, das natürlich auch alles publici juris ist, und verabschiedete den Mann. Als er darauf den Namen und die Adresse, die ihm angegeben war, kontrollirte, stellte sich heraus, daß der an sich und für einen Rheinländer, das wollte der Mann sein, besonders auffällige Name Sufnowski in Berlin nicht existirt. Damit war die Sache aufgeklärt.

Prügelpädagogik und Staatsanwaltschaft. Der Prediger Alberti hatte am 30. Oktober v. J. in der Konfirmationsstunde dem Schüler R. derart mit der Hand gegen die Backe geschlagen, daß der Knabe einige Zeit leidend war; es hatte sich eine Trommelfell-Ent-

Andung gebildet. Auf eine Strafanzeige, welche der Vater des mißhandelten Knaben erstattet hatte, gab der Staatsanwalt folgenden Bescheid: Ich lehne es ab, Ihrem Strafantrage vom 2. November vorigen Jahres Folge zu geben. Der Prediger hat, als er am 30. Oktober vorigen Jahres Ihrem Sohne einen Schlag mit der Hand gegen die Backe versetzte, in Ausübung des ihm zustehenden Züchtigungsrechtes gehandelt. Mitschüler Ihres Sohnes bezeugen, daß er gegen die Backe in der Weise einen Schlag geführt hat, daß die flache Hand die linke Unterkiefergegend traf und den Eingang zum Gehör nicht erreichte. Aber auch wenn man annehmen sollte, daß entgegen der Behauptung des Beschuldigten und unparteiischer Zeugen das Ohr mit berührt worden ist, so fehlt es an jedem Anhalt, anzunehmen, daß der Beschuldigte über das zulässige Maß der Züchtigung hat hinausgehen und Ihrem Sohne eine Schädidung seiner Gesundheit zufügen wollen. Es würde dann nur entweder ein unglücklicher Zufall oder eine Fahrlässigkeit vorliegen, deren Verfolgung von Amts wegen ich ablehne, Ihnen die Erhebung der Privatklage überlassend." — Ob es schon einmal vorgekommen ist, daß ehrliche Arbeiter, welche Streikbrechern ein paar böse Worte zugerufen haben, ebenso glimpflich vom Staatsanwalt behandelt worden sind, wie dieser Pfarrer?

Elendsstatistik. Im Männerasyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächtigten im Monat Januar 21 467 Personen, im Frauenasyl 851 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Frauen Füsilierstr. 5, für Männer Wiesenstr. 55/59.

Ueber das recht ungehörige Benehmen eines Angestellten im Augusta-Hospital wird uns berichtet: Ein Handwerksmeister beabsichtigte, seine schwerkranke Frau zur Operation in das genannte Hospital zu bringen. Auf Anrathen seines Arztes wandte der Mann sich telephonisch an das Institut und auf diesem Wege wurden auch die Formalitäten dahin erledigt, daß täglich zwei Mark, zum mindesten aber für einen Monat 60 Mark im voraus zu bezahlen seien. Der Handwerker brachte seine Frau ins Hospital, vergaß aber von seinem im Hause bereit liegenden Gelde die ganze Summe zu sich zu stecken und theilte dem Beamten mit, daß er die 18 Mark, die er bei sich trage, hinterlassen und das übrige sofort holen werde. Hierauf soll der Angestellte sich aber trotz der dringenden Bitte des Handwerkers nicht eingelassen haben, die Frau wurde zurückgewiesen — man wolle sie sich, wie der Herr erklärt haben soll, unter diesen Umständen nicht auf den Hals laden!

Die Schneefälle dieses Winters werden die Schneeabfuhr-Kosten namentlich deshalb für die städtische Verwaltung sehr steigern, weil ihr diesmal kein Thauwetter zu Hilfe gekommen ist. In früheren Jahren hat man sich mit Vorliebe auf diese kostensparende Hilfe verlassen, und vermuthlich hat man auch diesmal darauf gehofft. Daß es im gegenwärtigen Winter anders gekommen ist, wird tausende von Arbeitslosen, die auf diese Weise vorübergehend Arbeit und Verdienst fanden, mit Freude erfüllt haben. Anders dürften dagegen die fest angestellten Straßenreinigungs-Arbeiter über die Schneefälle denken. Bei der städtischen Straßenreinigung besteht zwar nach einer alljährlich in den Verwaltungsberichten abgegebenen Versicherung im allgemeinen für die Nachtarbeiter eine achtstündige, für die Tagarbeiter eine zwölfstündige Arbeitszeit (einschließlich Pausen), aber das gilt nur für die regelmäßigen Reinigungsarbeiten und für normale Witterungsverhältnisse. Die Schneeabräumung stellt nicht nur in bezug auf die Arbeitszeit, sondern auch in bezug auf den Kraftaufwand erhöhte Anforderungen an die Straßenreinigungsarbeiter.

Eine Verkehrs-Unterbrechung, wie wir sie seit Jahren nicht gehabt, veranlaßte der Schneefall am Sonntag, der schlimmste in diesem Winter. Die Schneedecke auf den Straßen war etwa drei Zoll stark, füllte die Geleise der Pferdebahn und erschwerte sowohl das Gehen als auch das Fahren. Wiewohl es vom frühen Morgen ab andauernd schneite, hatte die Direktion der Pferdebahn von dieser Naturerscheinung anscheinend nichts bemerkt; sie ließ ihre Wagen anfangs mit der gewöhnlichen Bespannung verkehren. Die Thiere vermochten die Wagen schließlich nicht mehr vorwärts zu bringen und so kam es, daß die Pferdebahnen im wahrsten Sinne des Wortes im Schnee stecken blieben und auf die Hilfe der Fahrgäste und Straßenpassanten angewiesen waren. Die Droschkenkutscher hatten ihre Pferde größtentheils in die Stallungen gebracht, Privatfuhrwerke fehlten gänzlich auf den Straßen, so daß diese fast wie ausgestorben erschienen. Am Sonntag sollen zur Beseitigung der niedergefallenen Schneemassen von der Pferdebahngesellschaft und der Stadt etwa 8000 Arbeiter eingestellt worden sein. Auch auf den Eisenbahnverkehr hatte der Schneefall einen ganz bedeutenden Einfluß, da nicht nur die Fernzüge, sondern auch die Vorort- und selbst die Stadtbahn-Züge erhebliche Verspätungen erlitten.

Der drohende Einsturz eines Fabrikschornsteins veranlaßte am Sonntag Mittag während des Schneesturmes das Ausrücken eines Zuges der Feuerwehr nach der chemischen Fabrik von Dr. Th. Elkan, Tegelerstr. 15. Der in der Nähe befindliche Gasometer war gefährdet und die Feuerwehr mußte den großen eisernen Schornstein umlegen, was ohne Beschädigung des Gasometers gelang.

Die Noth. Am Sonntag früh um 3 Uhr stürzte sich der 33 Jahre alte Arbeiter Siebert von der Schloßbrücke aus kopfüber in die Spree. Ein Schutzmann und einige hinzugeeilte Zivilpersonen retteten ihn aus den eiskalten Fluthen und schafften ihn in ein Krankenhaus. Siebert, der schon lange keinen regelmäßigen Verdienst hatte, hat in der Noth seinen beiden Schlafkollegen die Sonntagsanzüge aus dem gemeinsamen Schranke entwendet und zu Geld gemacht. Am Sonnabend Nachmittag entfernte er sich, da er annehmen mußte, daß man den Diebstahl am Sonntag entdecken würde. Er irrte die Nacht über umher, bis er sich entschloß, allem Weiteren zu entgehen und ins Wasser sprang.

Im Thiergarten hat sich der Student der Theologie Wagner erschossen. Der Selbstmörder, der der Sohn eines höheren Gerichtsbeamten ist, litt an der Trunksucht.

Wegen unbekannter Todesursache wurden von der Staatsanwaltschaft am Sonnabend die Leichen des 50 Jahre alten Buchhändlers Alfred Weile, Kirchbachstr. 8 und der 76 Jahre alten verwittweten Almosenempfängerin Auguste Schäfer, Rheinsbergerstr. 60, beschlagnahmt.

Aufsehen erregt ein Selbstmordversuch', den das 16 Jahre alte Fräulein Margarethe P., eine Tochter des Sanitätsrathes P. aus der Kurfürstenstraße, gemacht hat. Das junge Mädchen legte gestern Mittag ein sehr erregtes Wesen an den Tag und stürzte sich bei der Herkulesbrücke plötzlich in den Kanal. Der Vorgang rief großes Aufsehen hervor, und verschiedene Personen machten sich sofort an das Rettungswerk. Es gelang auch gleich, das junge Mädchen im Wasser zu erfassen und noch lebend an das Land zu bringen. Ein Schutzmann des 33. Polizeireviers brachte die vor Kälte Zitternde nach einem Krankenhause und benachrichtigte die Eltern von dem Geschehenen. Ueber die Veranlassung zur That hat die junge Dame nichts ausgesagt. Es kann daher nicht beurtheilt werden, ob das Gerücht, daß es sich um eine Liebesgeschichte handele, auf Wahrheit beruht.

Spätes Geständniß. Gelegentlich einer Vernehmung über den Verbleib ihres vor 21 Jahren außerehelich geborenen Sohnes gestand die jetzt verehelichte Tischlerfrau Franziska K. in der Manteuffelstraße, daß sie den Knaben sechs Wochen nach der Geburt in einem See bei Znin (Provinz Posen), in der Nähe ihres damaligen Aufenthaltsortes, ertränkt habe.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. In der Brückenallee wurde die Arbeiterfrau Wittwe Leu durch eine Equipage überfahren. Sie erlitt Brüche am rechten Arm und am linken Schlüsselbein. Der Kutscher entzog sich der Feststellung durch die Flucht. — Vor dem Hause Blumenstraße 18 wurde nachmittags der 39 jährige obdachlose Schneider Julius Vollbrecht schwer krank und anscheinend fast erstarrt aufgefunden und in einem Krankenwagen nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Gestern Nacht fiel in der Friedrichstraße in der Nähe der Karlstraße der 40 Jahre alte Arbeiter August Haack infolge der Glätte hin und verletzte sich so erheblich am linken Fuße, daß seine Ueberführung in die Charitee erforderlich wurde.

Aus den Nachbarorten.

Die Anbringung von Firmenschildern an offenen Geschäftslokalen muß nach einer für den Regierungsbezirk Potsdam erlassenen Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in allen Ortschaften des Bezirks in derselben Weise geschehen wie in Berlin. Die Verordnung tritt mit dem 1. März 1897 in kraft. Bestehende offene Geschäfte haben die Bezeichnung bis zum 1. April 1897 anzubringen.

Den Bewohnern von Halensee ist von der Oberpostdirektion die seit langem erstrebte Errichtung einer Postanstalt nunmehr endlich „in Aussicht gestellt"; zur Ermittelung der näheren Verhältnisse soll in kurzem ein Postinspektor in Halensee erscheinen.

Soziale Rechtspflege.

Fünf Putzer und ein Arbeiter klagten beim Berliner Gewerbegericht gegen den Maurermeister Mittag auf Zahlung von etwa 200 M., den Verdienst von 5 Tagen, der ihnen vorenthalten worden war. Der Beklagte berief sich zur Rechtfertigung seines Vorgehens auf den Vertrag, welchen die Parteien abgeschlossen hatten. Danach sollten die Kläger, die eine größere Putzarbeit für eine bestimmte Summe auszuführen übernommen hatten, jeden Sonnabend pro Mann und Tag eine Abschlagszahlung von 7 M. erhalten, falls dieser Betrag 4/5 des muthmaßlichen Verdienstes nicht übersteige. Die Kläger hatten mehrere Wochen lang je 42 M. erhalten, bis Mittag eines Tages feststellte, daß sie bereits eine größere Summe mehr bekommen hatten, als ihnen nach dem Vertrage im ganzen zustand. Beklagter hielt sich nun für berechtigt, den Verdienst der letzten fünf Tage, einem Kläger den von vier Tagen einzubehalten. Unter den so Behandelten befindet sich auch einer, der noch nicht ganz zwei Wochen vorher erst bei Mittag in Arbeit getreten war. Die Kammer III unter dem Vorsitz des Assessors Lohmeyer verurtheilte den Beklagten, jedem Kläger 4/5 des einbehaltenen Verdienstes der letzten Woche zu zahlen. Der Gerichtshof nahm an, daß Mittag jede Woche auf eine vertragsmäßige Abrechnung hätte sehen müssen, wenn er sich vor Schaden bewahren wollte. Es sei jedoch ganz unzulässig gewesen, die Leute nach der Erkenntniß des Schadens beinahe eine Woche durcharbeiten zu lassen und ihnen dann keinen Lohn zu geben.

Die Bäckereiverordnung ist, wie vorauszusehen war, jetzt auch vom Ober-Verwaltungsgericht als rechtsbeständig anerkannt worden. Die Revision des Bäckermeisters König, welcher wegen Uebertretung der Verordnung vom Schöffengericht bestraft worden war, wurde gestern vom Kammergericht verworfen, mit der Begründung, daß sich die Bundesraths-Verordnung innerhalb der durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung gezogenen Grenzen halte.

Gerichts-Zeitung.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts seitens des Amts- und Gemeinde-Vorstehers von Steglitz wurde im Oktober v. J. in einer dortigen Protest-Versammlung besprochen. Unter anderem fühlten sich die Steglitzer Arbeiter dadurch beschwert, daß der Amtsvorsteher Zimmermann geselligen Vereinen der Arbeiter die Abhaltung von Vergnügen mit Damen untersagt hatte, was, außer anderen Fällen, auch dem Gesangverein „Zaget nicht" passirt war. Die Protestversammlung nahm eine Resolution an, welche das Verfahren des Amtsvorstehers den Vereinen gegenüber lebhaft mißbilligt, und unter andern den Passus enthält: „entgegen dem bestehenden Gesetz" habe der Amtsvorsteher den Vergnügungsvereinen gesellige Zusammenkünfte mit Frauen verboten. Dem Versammlungsbeschluß entsprechend, überreichten die Leiter der Versammlung, die Genossen Mohr, Schwericke und Bachmann, die Resolution der Gemeindevertretung zu Händen des Amts- und Gemeindevorstehers Zimmermann, der sie jedoch nicht der Gemeindevertretung vorlegte, sondern, da er sich durch den Passus, er habe entgegen den bestehenden Gesetzen gehandelt, beleidigt fühlte, gegen die drei genannten Genossen Strafantrag stellte. In der Verhandlung, die am Montag vor dem Schöffengericht Berlin II stattfand, suchte Rechtsanwalt Herzfeld als Vertheidiger der Angeklagten nachzuweisen, daß der Amtsvorsteher Zimmermann in verschiedenen gegen Vergnügungsvereine erlassenen Verfügungen in der That nicht auf dem Boden des Gesetzes gestanden habe. Der als Zeuge vernommene Amtsvorsteher Zimmermann erklärt, daß er die Gesangvereine „Zaget nicht" und „Zukunft" für politische Vereine halte, da dieselben dem Arbeiter-Sängerbunde angehören, welcher durch Erkenntniß des Ober-Verwaltungsgerichts als ein politischer Verein gestempelt worden sei. Demgemäß dürften Frauen an den Sitzungen solcher Vereine nicht theilnehmen. Rechtsanwalt Herzfeld überreicht das betreffende Erkenntniß, aus welchem hervorgeht, daß das Ober-Verwaltungsgericht den Arbeiter-Sängerbund als einen Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes erklärt; ein solcher Verein habe aber das Recht, Zusammenkünfte mit Frauen zu veranstalten. Nur den unter § 8 fallenden Vereinen sei dies verboten. Der Zeuge Amtsvorsteher Zimmermann beruft sich dagegen auf eine andere Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, welche sein Vorgehen rechtfertigen soll. Diese Entscheidung konnte aber nicht zur Stelle geschafft werden. Rechtsanwalt Herzfeld legt ferner eine Verfügung des Regierungs-Präsidenten von Potsdam vor, welche das Verlangen des Amtsvorstehers, der Gesangverein „Zaget nicht" solle Statuten und Mitgliederliste einreichen, für unzulässig erklärt. Dieser Verein falle demnach nicht einmal unter § 2 des Vereinsgesetzes und trotzdem habe der Amtsvorsteher die Zusammenkunft mit Frauen untersagt, wozu er also gar kein Recht hatte. Weiter legt der Vertheidiger eine Verfügung des Amtsvorstehers vor, welche für die Sitzung eines geschlossenen Vereins die Polizeistunde festsetzt und fragt den Zeugen Zimmermann, ob er wisse, daß es ungesetzlich sei, eine geschlossene Gesellschaft auf Polizeistunde zu setzen.

Der Zeuge will diese Frage nicht beantworten. Der Gerichtshof beschließt, diese Frage, als unerheblich, nicht an den Zeugen zu stellen. Rechtsanwalt Herzfeld hält dem Zeugen vor, daß er nichts dagegen eingewandt hätte, als am Kaisersgeburtstag der konservative Wahlverein und der antisemitische Reformverein — zwei politische Vereine im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes — Vergnügen mit Damen abgehalten hätten. Zeuge Zimmermann erklärt, daß die fraglichen Zusammenkünfte von einzelnen Mitgliedern der betreffenden Vereine einberufen worden seien. Demgegenüber stellt Rechtsanwalt Herzfeld fest, daß die betreffenden Veranstaltungen in der Zeitung als solche des Vereins bezeichnet worden sind und fragt den Zeugen, ob er nicht wisse, daß die Einberufung durch einzelne Mitglieder in den genannten Fällen eine Umgehung des Gesetzes bedeute, worauf der Zeuge erwidert: „Darum habe er sich nicht zu kümmern." Einen Antrag des Vertheidigers, noch weitere Zeugen zu vernehmen, welche bekunden sollen, daß der Amtsvorsteher Zimmermann noch in mehreren Fällen gegen Vereine ungesetzlich verfahren sei, lehnte das Gericht als für die gegenwärtige Sache unerheblich ab. Der Staatsanwalt hält eine Beleidigung für vorliegend und beantragt, jeden der Angeklagten mit 40 M. zu bestrafen. Rechtsanwalt Herzfeld plädirt auf Freisprechung, da die Angeklagten, die übrigens nur im Auftrage der Versammlung gehandelt hätten, nicht die Absicht hatten, den Amtsvorsteher zu beleidigen. Dessen Verhalten gegen die Arbeiter-Vereine sei ein solches, daß man es in einer Resolution, welche bei der Gemeindevertretung eine Abhilfe der thatsächlich bestehenden Uebelstände bezüglich der Handhabung des Vereinsgesetzes veranlassen wollte, gar nicht anders bezeichnen könne, als ein den Gesetzen entgegenstehendes. Selbst wenn die betreffenden Vereine unter § 8 des Vereinsgesetzes fielen, hatte doch der Amtsvorsteher kein Recht, die Anmeldebescheinigung zu versagen, er hätte eventuell nur die Versammlung, wenn Frauen daran theilnahmen, auflösen dürfen. Das sei doch gegen das Gesetz. Sollten selbst die Ungesetzlichkeiten nicht als erwiesen erachtet werden, dann stehe doch den Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite. Der Gerichtshof hielt den Inhalt der Resolution für objektiv beleidigend, hielt aber dafür, daß die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben und nicht die Absicht der Beleidigung gehabt hätten. Anders als es in der Resolution geschehen, hätten sie sich in diesem Falle gar nicht ausdrücken können. Es wurde daher auf kostenlose Freisprechung erkannt.

Das Bauunglück, welches sich am 16. Oktober v. J. auf der Baustelle des neuen Amtsgerichts-Gebäudes in der Neuen Friedrichstraße zu Berlin ereignete, hat zu einer Anklage wegen fahrlässiger Tödtung, Körperverletzung und Verstoßes gegen die anerkannten Regeln der Baukunst geführt, die die I. Strafkammer des Landgerichts I Berlin gestern gegen den Maurerpolir Karl Feuerherm und den Ingenieur Ernst Roßteuscher zu verhandeln hatte. Die Ausschachtungen für die Fundamente des umfangreichen Neubaues werden von der Aktiengesellschaft für Beton- und Monier-Bauten ausgeführt. Der Angeklagte, der hier einer Filiale dieser Gesellschaft vorsteht, hatte die Kontrolle über die Arbeiten auszuüben, Feuerherm dagegen hatte eine Kolonne von 100 Arbeitern unter sich, die er mit den Ausschachtungsarbeiten beschäftigte. Bei letzteren stieß man auf unvorhergesehene Schwierigkeiten, da der Bauplatz mit uraltem, aus längst vergangenen Jahrhunderten stammendem Gemäuer durchsetzt ist. Bis zum 15. Oktober waren die Ausschachtungen bis zu 2,85 Meter vorgeschritten, tags darauf sollte die Graben-Sohle noch tiefer gelegt werden. Unter den hierbei beschäftigten Arbeitern befanden sich auch die Arbeiter Riedel und Sommerfeld. Während diese im Graben thätig waren, löste sich plötzlich ein altes Mauerstück, stürzte um und begrub den Riedel unter den Trümmern. Riedel wurde so heftig gegen die Gegenwand des Grabens gepreßt, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde und er augenblicklich seinen Geist aufgab. Sommerfeld kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Schuld an diesem schweren Unfall legt die Anklagebehörde den beiden Angeklagten zur Last. Es wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß keine Böschung angelegt gewesen sei, daß man das alte Mauerwerk senkrecht angemeißelt habe und daß sich die Angeklagten nicht vorher davon überzeugten, ob das alte Mauerwerk, welches an der betreffenden Stelle auch nicht abgesteift worden, gefährlich werden könne. Die Angeklagten bestritten entschieden ihre Schuld sowohl nach der subjektiven wie nach der objektiven Seite hin und es bedurfte der Vernehmung zahlreicher bautechnischer Sachverständiger, um festzustellen, ob strafbare Unterlassungssünden vorgekommen sind und wen die eigentliche Verantwortung trifft. Auf grund der umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Feuerherm drei Monate, gegen Roßteuscher sechs Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat bezw. drei Monate Gefängniß.

Das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Käller hatte gestern gegen den Arzt Dr. med. Unshelm, die Hebamme Wilhelmine Guse und den Gärtner Peter Hofmann aus Soltau eine Anklage auf grund der §§ 219 und 218 des Straf-Gesetzbuches (Verbrechen gegen das keimende Leben) zu verhandeln. Der in Solingen ansässige Dr. Unshelm wohnte im Sommer v. J. längere Zeit unangemeldet bei der Angeklagten Guse, mit deren Tochter er ein inniges Verhältniß unterhielt, das zur Ehe führen sollte. Der Angeklagte Hofmann stammt aus Soltau und hatte sich dort mit einem Mädchen namens Meta Meyerhof heimlich verlobt. Als er im Sommer v. J. zur Dienstleistung bei dem Gardeschützen-Bataillon in Lichterfelde eingezogen worden war, kam seine Braut auch nach Berlin, theils um die Gewerbe-Ausstellung zu besuchen, theils weil sie ihrem Bräutigam ein ernstes Geheimniß anzuvertrauen hatte. Als beide eines Abends in einer Restauration in einer Zeitung lasen, fiel ihr Blick auf eine Annonce, in welcher Frau Guse ihre „Privat-Entbindungsanstalt" in der Grenadierstraße anempfahl. Beide machten der Angeklagten Guse einen Besuch, der zu dem Ergebniß führte, daß sich die Meyerhof in die Behandlung der Frau Guse begab. Diese verlangte für die Kur zunächst 200 M., ermäßigte aber ihre Forderung schließlich auf 150 M., die ihr von Hofmann auch gezahlt wurden. Gelegentlich wurde diesem von seiner Braut mitgetheilt, daß die Behandlung gar nicht durch die Hebamme, sondern durch einen wirklichen Arzt geschehe, der bei der Guse wohne und mit deren Familie befreundet sei. Hofmann mußte nach Soltau zurückreisen, während das Mädchen noch in Berlin zurückblieb. Sie schrieb dann an ihren Bräutigam, daß es ihr recht schlecht gehe und forderte ihn auf, sie in die Heimath abzuholen. Er erwiderte ihr, daß ihm dies unmöglich sei und sie sich von Frau Guse nach Soltau bringen lassen solle. Das geschah denn auch. Frau Guse lieferte das Mädchen sehr schwer krank in Soltau ab; sie wagte es nicht, der Mutter des Mädchens vor Augen zu kommen, begleitete es nur bis zur Hausthür und nächtigte in einem dortigen Gasthofe unter fremdem Namen. Der in Soltau ansässige Dr. Köhler fand die Meyerhof in geradezu trostlosem Zustande vor; der Zustand der Zähne und des Mundes deutete darauf hin, daß das Mädchen eine giftig wirkende Flüssigkeit eingenommen haben müsse, und die weitere Untersuchung ihres Körpers ließ keinen Zweifel darüber, welcher Art die Behandlung gewesen, die ihr in Berlin zu theil geworden. Das Mädchen befand sich im vorgeschrittenen Stadium des Kräfteverfalls und am 19. Juli schon, kurz nach ihrer Rückkehr nach Soltau, trat der Tod ein, nachdem das Mädchen unter Zusammenfassung des letzten Restes ihrer Kräfte, den ganzen Sachverhalt zu Protokoll gegeben und dabei auch die Thätigkeit des sie behandelnden Arztes geschildert hatte. Nach dem Tode seiner Braut stellte sich der von Gewissensbissen gepeinigte Hofmann selbst der Behörde, legte ein umfassendes Geständniß ab und machte weitere Angaben über die Mitwirkung des Arztes bei der Behandlung des Mädchens in der Guse'schen Anstalt. Daraufhin erfolgte am 20. Juli die Verhaftung des Dr. Unshelm und der Angekl. Guse. Daß ein Verbrechen im Sinne des § 219 an der Verstorbenen begangen worden, scheint nach dem Gutachten des Prof. Dr. Straßmann nicht zweifelhaft zu sein, ob die Vermuthung, daß der Tod eine Folge von Sublimatvergiftung gewesen, sich bestätigt, muß die Verhandlung ergeben. Der Gerichtschemiker Dr. Jeserich hat in den ihm zugestellten Leichenstoffen keine Spuren von Mineral- oder Pflanzengift vorgefunden. Zu der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet, sind der Landrath aus Soltau, mehrere Gendarmen von dort, zwei Gasthofbesitzer und die Familienglieder der Verstorbenen hierher gekommen. Den Angeklagten, von denen nur Hofmann geständig ist, stehen die Rechtsanwälte Werthauer, Seeler und Wronker zur Seite. Die Verhandlung wird zwei Tage in Anspruch nehmen.

Eine Art Verweis wurde dieser Tage dem Lehrer Wille zu Rummelsburg vom Vorsitzenden der Kammer eines Schöffengerichts am Landgericht II Berlin ertheilt. Der Lehrer hatte den Sohn des Arbeiters P. zu Rummelsburg eines Tages aus der Schule nach Hause geschickt, weil er durch sein Husten den Unterricht störe. Das Kind wurde von den Eltern zwei Tage zu Bette gehalten, zwei weitere Tage brachte es aber zum Theil auf der Straße zu. Als der Knabe am fünften Tage wieder in der Schule war, forderte der Lehrer von ihm ein ärztliches Attest, und da der Vater ein solches nicht herbeischaffen konnte, flog ihm ein auf eine Mark lautendes Strafmandat ins Haus. Eine Beschwerde beim Pfarrer, der auch das Amt eines Lokal-Schulinspektors versieht, war erfolglos, der Vater wurde abgewiesen, nachdem der Geistliche noch dessen Dissidentenqualität berührt hatte. Um zu seinem Rechte zu kommen, mußte der Vater erst die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, das den „Dissidenten" ohne weiteres von Strafe und Kosten freisprach und außerdem durch den

Mund seines Vorsitzenden den als Zeugen geladenen Lehrer Wille ersuchte, künftig dahin zu streben, daß nicht so grundlos Gericht und Publikum in Anspruch genommen werde.

Ein Innungszwist. Der Obermeister der Berliner Bäckerinnung „Germania", Herr Bernard, hat gegen den Obermeister der Bäckerinnung „Konkordia", Herrn Gemeinhardt, und den Bäckermeister Wernicke aus Charlottenburg Klage wegen öffentlicher Beleidigung angestrengt. Die Sache kommt am Donnerstag, den 11. d. Mts., vor dem Schöffengericht Amtsgericht I zur Verhandlung. Den Anlaß zu diesem Streit hat die Vorlage über die Zwangsorganisation des Handwerks gegeben. Seinerzeit waren die führenden Mitglieder der beiden Berliner Bäckerinnungen, Obermeister Bernard (Germania), „für", und Obermeister Gemeinhardt (Konkordia) „gegen" die Regierungsvorlage. Schließlich wurden die Differenzen noch in der Fachpresse erörtert. Durch je einen Artikel in der Konkordia, welchen Obermeister Gemeinhardt und Bäckermeister Wernicke verfaßt hatten, fühlte sich Herr Bernard beleidigt und strengte gegen die Verfasser die Klage wegen öffentlicher Beleidigung an.

Der vielgenannte preußische Hauptmann Sidney O'Danne, der durch Urtheil der Strafkammer des Berliner Landgerichts I vor Jahren wegen falscher Anschuldigung und Verleumdung von Mitgliedern der deutschen Botschaft in Paris zu 8 Jahren Gefängniß verurtheilt worden, nach Verbüßung dieser Strafe nach seinem früheren Aufenthaltsort Paris zurückgekehrt war und neuerdings aus Frankreich ausgewiesen wurde, ist, wie die „Frankfurter Zeitung" mittheilt, in Metz verhaftet worden und hatte vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Wüst, ein dreistündiges Verhör zu bestehen. Es wird ihm zur Last gelegt, wiederholt Erpressungsversuche gegenüber höheren Offizieren begangen zu haben, und zwar unter Androhungen, die mit dem im erwähnten Verleumdungsprozeß zur Sprache gekommenen Sachverhalt im Zusammenhang stehen.

Der Sargfabrikant Piehler erklärt zu dem am Sonntag in seiner Sache gebrachten Gerichtsbericht, daß er für den gelieferten Sarg nicht 800 Mark sondern nur 400 Mark bekommen habe.

Vier Meineide sind der „Schwäb. Tagwacht" zufolge dem Polizeidiener Frey in Besigheim nachgewiesen worden. Einer Bauersfrau gelang es, die Heldenthaten dieses Menschen in einem gegen sie angestrengten Beleidigungsprozeß zu entlarven. Sie wurde von der Anklage, behauptet zu haben, daß der Beamte sich habe bestechen lassen und daß er verschiedene Meineide geschworen habe, glänzend freigesprochen, da das Gericht den von ihr geführten Wahrheitsbeweis als erbracht ansah.

Soziales.

Als eine „neue Arbeiterkrankheit" werden in verschiedenen Zeitungen die Krankheitserscheinungen geschildert, welche sich bei den Arbeitern in Fuchsinfabriken zeigen. „Die Krankheit", heißt es, „äußert sich zunächst durch eine intensive Blaufärbung der Haut, besonders der Lippen; darauf folgt eine mit Schwindelgefühl und Zittern der Extremitäten verbundene allgemeine Mattigkeit, der sich störender Harnzwang, verbunden mit Blutharn, anschloß, bis sich schwärzlich gefärbte Geschwüre bildeten. Durch das Ausschneiden der letzteren wurde in einigen Fällen eine Besserung herbeigeführt, doch traten immer wieder Rückfälle ein, die zum Tode führten. Die Krankheit ist noch so neu, daß es bisher nicht möglich war, ihre Ursachen und ihr Wesen zu erforschen, und erst wenn dies gelungen sein wird, wird es möglich sein, Hilfsmittel ausfindig zu machen."

Die Schilderung der Krankheitserscheinungen ist zutreffend, die Behauptung aber, daß die Krankheit noch zu neu sei, um ihre Ursachen und Abhilfe zu erkennen, ist unrichtig. Die Krankheit ist schon seit einigen Jahrzehnten bekannt, genau so lange als ihre Ursachen bestehen: nämlich die Anilinfabriken. In diesen und in den Anilinfarbwerken (das Fuchsin ist eine Anilinfarbe) kommen leider beständig solche Erkrankungen vor; bei leichteren Fällen wird nicht die ganze Haut, sondern nur die der Lippen blau gefärbt. Professor Hirt beschreibt diese Krankheit bereits in seinem 1875 erschienenen Werk über Arbeiterkrankheiten als eine bekannte Plage. Verursacht wurde sie durch unzureichende Ventilation der Arbeitsräume und ungenügende Fürsorge für Entfernung der Anilindämpfe, ferner dadurch, daß die Arbeiter gezwungen sind, die Hände mit der Anilinfarbe oder deren Grundbestandtheilen in Berührung zu bringen und nicht Gelegenheit haben, sie gründlich zu reinigen. Auch dadurch, daß die Arbeiter ihre Mahlzeiten in den von Anilinfarbe und Anilindämpfen verunreinigten Fabrikräumen zu sich nehmen müssen, wird die Vergiftung hervorgerufen.

Die Ursache ist also hier wie bei allen angeblich mit dem Beruf untrennbar verknüpften Gewerbekrankheiten die Rücksichtslosigkeit des Unternehmerthums, das nicht für genügende Reinhaltung der Arbeitsstätte sorgt. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben die Pflicht, solche gesundheitsgefährliche Fabrikationen doppelt aufmerksam zu beobachten; die Krankenkassen sollten in jedem Falle solcher Erkrankung sofort der Gewerbe-Inspektion Mittheilung machen, damit diese veranlaßt wird, Nachforschungen anzustellen.

Gewerbegerichtliches aus der Schweiz. Das gewerbliche Schiedsgericht in Bern verurtheilte einen Buchdruckereibesitzer, einem seit 1893 bei ihm in Arbeit stehenden Schriftsetzer für die drei Wochen, wo derselbe seiner Militärpflicht genügen mußte, den Lohn auszuzahlen. Der Beschluß stützt sich auf folgenden Art. 341 des schweizerischen Obligationenrechts: „Bei einem auf längere Dauer abgeschlossenen Dienstvertrage geht der Dienstpflichtige seiner Ansprüche auf die Vergütung nicht verlustig, wenn er durch Krankheit, durch Militärdienst oder aus ähnlichen Gründen ohne eigenes Verschulden auf verhältnißmäßig kurze Zeit an der Leistung seiner Dienste verhindert wird."

Dieser Spruch, der durch Stichentscheid des Schiedsgerichts-Obmanns zu stande kam, hat einen Theil des schweizerischen Unternehmerthums in gelinde Raserei versetzt. Der Basler „Vorwärts" betont übrigens, daß der Berner Entscheid auch für den Arbeiter seine bedenkliche Seite hat. Man werde den nichtmilitärpflichtigen dem militärpflichtigen vorziehen, oder letzterem vor Antritt des Dienstes kündigen.

Versammlungen.

Ueber den Antrag der Gewerbedeputation des Magistrats auf Ausdehnung der Krankenversicherung auf Hausindustrielle sprach am Sonnabend im Verein der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts Berlin Herr Dr. Jastrow. Der Vortrag fand im Bürgersaale des Rathhauses statt und war auch von verschiedenen Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten besucht. Der Vortragende schildert die wirthschaftlich schlechte Lage vieler Hausindustriellen, die häufig nicht besser, oder noch schlechter, als die der Arbeiter sei. Er schätze die Zahl der Hausindustriellen in Berlin auf allermindestens 50 000. Da die Heimarbeiter schon heute krankenversicherungspflichtig sind, so entstehen häufig große Schwierigkeiten, weil sich oft nicht unterscheiden läßt, ob jemand Heimarbeiter oder selbständiger Hausindustrieller ist. Nach dem Antrag des Magistrats soll, um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen und um die Krankenversicherung auch den schlechter gestellten Schichten der Hausindustriellen zukommen zu lassen, die Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut auf diejenigen Hausindustriellen ausgedehnt werden, die nicht zur Gewerbesteuer veranlagt sind, also aus ihrem Gewerbe weniger als 1500 M. jährlich einnehmen. Den Hausindustriellen bringe die geplante Versicherungspflicht Vortheile; die Unternehmer würden dadurch etwas stärker, doch immerhin nicht allzusehr belastet; die Aerzte würden keinen Schaden haben, da die betheiligten Schichten bisher den Arzt wenig in Anspruch genommen haben; die Krankenkassen würden dagegen bei der Neuerung nicht gewinnen, sondern eine Reihe von Stammgästen bekommen; für die Gemeinde handelt es sich um eine Entlastung der Armenpflege. Im ganzen sei die geplante Ausdehnung warm zu empfehlen. — In der anschließenden Diskussion befürchtet u. a. Herr Kaufmann Israel von der Ausdehnung der Krankenversicherung ein Anwachsen der Sozialdemokratie. Holzbildhauer Wagner ist für die Ausdehnung, die Hausindustriellen sollten aber die Kosten allein tragen. Fabrikant Dr. Gerschel erklärt gegenüber den Befürchtungen, daß durch solche Gesetze die Arbeiter immer mehr organisirt werden, dies sei kein Unglück, sondern ein Glück. Mit organisirten Arbeitern lasse sich besser und geordneter verhandeln und besser arbeiten. — Nachdem noch Buchbindermeister Angreß, Kaufmann Philippsohn und Magistatsassessor Blankenstein gesprochen haben, wird folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung des Vereins der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts Berlin erklärt die baldige Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Hausindustrielle für dringend nothwendig und beauftragt ihren Vorstand, diesen Beschluß zur Kenntniß der beiden städtischen Kollegien zu bringen."

Verband der Graveure, Ziseleure ꝛc. Die Filiale Berlin hielt am 2. Februar ihre erste Versammlung ab, um die definitive Wahl des Zentralvorstandes, sowie der Kontrollkommission vorzunehmen. Danach bilden die Mitglieder Brückner, Grill, Siewert, Riecke, Gutschmidt den Verbandsvorstand, während Große, Thiel und Thurow als Kontrollkommission fungiren. Nachdem auch die Wahl der örtlichen Verwaltungspersonen vorgenommen, sprach Sillier in einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: Zentralisation und die Pflichten der Mitglieder, dem Vorstande praktische Anweisungen über Agitation und Organisation gebend. Eine lebhafte Diskussion ergänzte zum theil die Ausführungen des Referenten. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die regelmäßigen Versammlungen der Filiale jeden ersten und dritten Dienstag in den Oranienhallen, Oranienstr. 51, stattfinden zu lassen. Von dem Mitgliede Rohrbeck wurde der Filiale eine reichhaltige Bibliothek geschenkt, deren Benutzung den Mitgliedern angelegentlichst empfohlen ist. Die Liquidationskommission gab bekannt, daß den ehemaligen Mitgliedern der alten Organisation ihre Rechte auf Unterstützung noch sechs Monate gewahrt bleiben, wenn dieselben bis spätestens 1. März die noch rückständigen Beiträge bezahlt haben. Brückner ersuchte um regen Besuch der am 16. Februar stattfindenden Versammlung.

Die Platz-Deputirten der Berliner Zimmerer lehnten in ihrer Versammlung vom 3. Februar eine Resolution der Lohnkommission, nach welcher es jedem Zimmerer erlaubt sei, auch dort in Arbeit zu treten, wo der Minimallohn von 55 Pfennige nicht gezahlt wird, gegen wenige Stimmen ab und erneuerte die Beschlüsse des Vorjahres. Die Unterstützungsfrage wurde dahingehend geändert, daß jeder gemaßregelte Zimmerer 12 Mark und für jedes Kind 1 Mark Zuschlag pro Woche erhält, jedoch müssen die Gemaßregelten so lange die nöthige Kontrolle verrichten, bis über die Sperre entschieden ist. Die Dauer der Unterstützung beträgt vier Wochen. Da der Zimmermeister Fichel einige Tage nach Bewilligung des Minimallohnes viele Entlassungen vorgenommen, so wurde den Entlassenen Unterstützung zugebilligt. Zwei Unterstützungsgesuche wurden der Lohnkommission zur Berücksichtigung überwiesen und hierauf die gut besuchte Versammlung vertagt.

Eine öffentliche Versammlung der Hausdiener und Kutscher tagte am 31. Januar bei Schmidtke, Stromstr. 28. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Mitgliedes Hoffmann über die Vortheile der Zentralorganisation. An der Diskussion betheiligten sich für die Lokalorganisation Krüger und Utheß, während Koch, Dreher, Schultze und Hoffmann für die Zentralorganisation eintraten. Eine Resolution, welche die Zentralisation für die geeignetste Form erklärte und die Anwesenden zum Beitritt in den Zentralverband verpflichtete, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Von den Anwesenden ließen sich hierauf mehrere in den Verband aufnehmen.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 9–10½ Uhr: Südost-Schule Waldemarstr. 14: Deutsch (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. — Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Brunnenstr. 26: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirthschaftsstufen-Entwickelung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerthlehre) Herr Dr. Konrad Schmidt.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 26, ist wochentags von 6–9 Uhr, Sonntags von 4–9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 26, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6–9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Genk, S. Dresdenerstraße 107/8.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Sonnabend, den 13. Februar, Maskenball im Vereinslokal, Feuerstein's Festsäle, Alte Jakobstr. 75.

Briefkasten der Redaktion.

Pyrtel. Spielfragen beantworten wir grundsätzlich nicht.

Abraham-Vertheidiger. Sobald Sie sich aus Ihrer Anonymität herauswagen, wollen wir Ihnen antworten.

Papte. Die Berichtigung erscheint uns doch belanglos. Als eine Beleidigung des Referenten dürfte es wohl nicht betrachtet werden können.

Voß. Wir stimmen Ihnen vollkommen bei. Warum nennen Sie sich aber nicht?

Witterungsübersicht vom 8. Februar 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (5° C. = 4° R.)
Swinemünde	769	NO	3	heiter	[illegible]
Hamburg	770	O	3	bedeckt	−3
Berlin	768	NO	3	bedeckt	−5
Wiesbaden	767	W	2	bedeckt	1
München	765	W	4	Schnee	−2
Wien	759	W	4	Schnee	2
Haparanda	757	Still	—	Schnee	−17
Petersburg	770	WSW	1	Schnee	−22
Cork	765	SSW	5	Regen	8
Aberdeen	763	S	2	wolkig	2
Paris	771	NW	2	halb bedeckt	2

Wetter-Prognose für Dienstag, den 9. Februar 1897.

Vielfach heiter, zeitweise nebelig, bei etwas strengerem Frost und schwachen nordöstlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

II. Wahlkreis.

Sozialdemokratischer Wahlverein.

Donnerstag, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale Bickel's Konzerthaus, Hasenhaide 52/53:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten **Fritz Zubell** über: Vorgänge in der städtischen Vertretung. 2. Diskussion. 238/7

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts" Berlin.

Dienstag, den 9. Februar, abends 8½ Uhr, im Marienbad, Badstr. 35/36: 274/11

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die amerikanische Farmerbewegung. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **M. Schippel.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, 10 Februar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20:

Große öffentliche Versammlung

der

Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl der Lohnkommission. 2. Kontrollkarten-System. 3. Gewerkschaftliches. 133/2

Um regen Besuch ersucht Die Lohnkommission.

Gasanstalts-Arbeiter

Mittwoch, den 10. Februar, abends 8½ Uhr:

Verbands-Versammlung

im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: Die Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Das Vorgehen unserer Kollegen außerhalb Berlins. 3. Was haben wir zu thun? 4. Wahl des Ortsvorstandes. 70/1

Jedermann hat Zutritt. Der provisorische Orts-Vorstand.

Konfektionsschneider und Näherinnen aller Branchen!

Fünf große öffentliche Versammlungen

am Dienstag, den 9. Februar, abends 8½ Uhr,

in folgenden Lokalen:

N. Gründel, Brunnenstraße 188 (in der Nähe des Rosenthaler Thores)
Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.
O. Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.
SO. Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
W. Königshof, Bülowstraße 37.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Das Konfektionsarbeiter-Elend in amtlicher Beleuchtung und die Aufgaben der Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen.

Referenten sind die Reichstags-Abgeordneten: **H. Molkenbuhr, Richard Fischer, Paul Reißhaus, Emanuel Wurm** und **Robert Schmidt.**

Alle Schneider und Näherinnen der Konfektions-Industrie werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es gilt, zur beginnenden Saison auf dem Posten zu sein, damit eine erfolgreiche Wahrnehmung der Interessen möglich ist.

164/3 **Die Fünfer-Kommission.** J. A.: J. Timm, Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Klavierarbeiter. Dienstag, den 9. Febr., abends 8 Uhr, bei **Hörschel,** Schönhauser Allee 28 (nicht bei **Gründel,** wie am Sonntag irrthümlich angezeigt wurde.)

1. Vortrag des Kollegen **Brinkmann.** 2. Ergänzung der Werkstatt-Kontrollkommission.

Branche der Telephon-Arbeiter.

Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, bei **Rautenberg,** Oranienstr. 180.

Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche. — Mitglieder werden aufgenommen. 81/9

Um zahlreiche Betheiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Achtung! Charlottenburg, Achtung!

Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bredlow, Augsburgerstraße 78:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Calwer.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch, besonders der Genossen des 6. Kommunal-Wahlbezirks ladet ergebenst ein

250/15 Der Vorstand.

Fritz Eiermann's Volkskaffee und Speisehaus

Rosenthalerstr. 60, Ecke Steinstraße. **Billiger Mittags- und Abendtisch.** Größte Auswahl höchst sauber und schmackhaft bereiteter Speisen. Tägl. 8–10 Gerichte im Preise von 10–30 Pf. **Pichelsdorfer Bier** ⅓ₗ 10 Pf.

Achtung! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Mitglieder der Versicherungs-Gesellschaft „Concordia" und derjenigen Personen, welche Mitglieder aufgenommen haben

am Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr,

in Cohn's Festsälen, Beuth-Straße 20—21, 1 Tr.

Tages-Ordnung:
1. Sind die Mitglieder gewillt, der Kasse weiter anzugehören? Referent: **Ad. Neumann.** 2. Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. 264/15

Der Einberufer: **Emil Schumann,** Kolbergerstr. 23.

Die Berliner Kornbrot-Bäckerei, G. m. b. H., Treskowstr. 29a, macht es sich zur Aufgabe, ein billiges, nahrhaftes Brot, besonders für die breiten Volksmassen geeignet, herzustellen. Der hierzu verwandte Roggen und Weizen, welcher von nur bester Qualität sein muß, wird nach dem Gelinck-Propfe'schen Verfahren unter Benutzung der gleichnamigen Teigmühle und unter gänzlichem Ausschluß der Müllerei auf rein maschinellem Wege mit der peinlichsten Sauberkeit verarbeitet. Durch diese Art der Fabrikation wird der so überaus krafthaltige Kleber, welcher zum großen Theil bei Roggen und Weizen durch die Müllerei verloren geht, dem Brote erhalten, wodurch dasselbe einen höheren Grad von Nährkraft und gesteigertem Sättigungsvermögen besitzt.

Aerztliche Autoritäten, sowie magen- und darmkranke Personen haben wiederholt die angenehme und leichte Verdaulichkeit des Kornbrotes, trotz seines grob und schwer aussehenden Aeußeren, konstatirt. Es wird dieses damit begründet, daß durch das Eindringen des bei der Verarbeitung nöthigen warmen Wassers in das Korn ein Keimleben erweckt und dadurch ein Mälzungsprozeß eingeleitet wird. Es bildet sich hierdurch aus den werthvollen, stickstoffhaltigen Substanzen ein Ferment, die sogenannte Diastase, welche in hohem Grade die Eigenschaft besitzt, die unlösliche Stärke in lösliche und diese in Zucker überzuführen.

Die Berliner Kornbrot-Bäckerei, G. m. b. H., bittet das Publikum, ihre Fabrikate einer gefälligen Prüfung zu unterwerfen, und verweisen wir auf unsere Inserate in Nummer 32 u. 35 dieser Zeitung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 9. Februar.

Opernhaus. Das Heimchen am Heerd.
Schauspielhaus. Der Graf von Castanar. Die Schule der Frauen.
Deutsches. John Gabriel Borkman.
Schiller. Ein Volksfeind.
Berliner. Mutterrechte.
Lessing. Der Fall Clémenceau.
Westen. Unsere Frauen.
Neues. Marcelle.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Pierrot als Rekrut.
Residenz. Associés.
Zentral. Ein fideler Abend.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Grille.
Thalia. Frau Lieutenant.
Alexanderplatz. Eine pikante Ehe.
Ostend. Der Walzerkönig.
Parodie. Genovefa.
Volks. Von Stufe zu Stufe.
Passage-Panoptikum. Affentheater.
Apollo. Spezialitäten.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: **Ein Volksfeind.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Schierling. Die Komödie der Irrungen.**

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
Dienstag, den 9. Februar cr.:
Novität! Zum 3. Male: Novität
Ein fideler Abend.
Burleske dramatische Revue in 1 Vorspiel und 3 Bildern von J. Freund und W. Mannstädt.
Musik von verschiedenen Meistern, arrangirt von Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Ein fideler Abend.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiss.**
Heute und folgende Tage: **Walzerkönig.** Posse von Mannstädt. Anf. 8 Uhr. Sonnabend: Volksvorstellung zu kleinen Preisen. **Preciosa.** Schauspiel von P. A. Wolff. Sonntag Nachmittag: **Der deutsche Michel.** Halbe Kassenpreise.

Thalia-Theater.

(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
„Frau Lieutenant."
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant."
Sonntag nachmitt. 3 Uhr: **Trilby.**

Alexanderplatz-Theater.

Kleine Preise. Heute und die folgenden Tage: **Eine pikante Ehe.** Berliner Posse mit Gesang in 4 Akten von Eugen Prudens.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: **Das Märchen vom tapferen Schneiderlein.** Zauber-Komödie mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Prudens. Anfang 8 Uhr. (Bons, auch die zu anderen Stücken ausgegeben sind, behalten ihre Giltigkeit.
Billets sind schon 3 Tage vorher, ohne Vorbestellgebühr, an der Theaterkasse zu haben. Vormittags ½11—½2 Uhr. Abends von ½7 Uhr an.

Volks-Theater

34 Reichenbergerstr. 34.
nahe dem Kottbuser Thore.
Heute, Dienstag,
abends 7 Uhr:
Zuerst:
Flitterwochen.
Schwank in 1 Akt, darauf z. 5. Male:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild von Dr. Hugo Müller.
Entree von **50** Pf. bis **3** M.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Großer Erfolg des sensationellen
Februar-Programms.
Spaniens berühmteste Tänzerin
Signorita Carmencita,
das englische Schönheits-Quintett
The 5 Lorrison,
Fritzi Ferry. Henry Bender.
ferner: 30 Kunstkräfte 1. Ranges
und das Sensationsbild
„Endlich allein."
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Berliner Possen-Theater

Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: **Joseph Aschinger** und **Leonhardy Haskel.**
Der Glücklichmacher.
Der Lumpenball.
2. Auftreten von
Bernhard Wilhelmy
der beste Originalhumorist.
Novität! In Vorbereitung: **Baruch und Sohn.**
Anfang der Vorstellung **8** Uhr.
Kassenöffnung **7** Uhr.
Entree 50 Pfg.
Die Direktion.

Urania, Tauben-Strasse No. 48–49.

Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62 Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7½ Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschläge.

Castan's
Panopticum.
Die beiden indischen **Pygmäen**
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Passage-Panopticum.
Affen-Theater
und **Zirkus.**
Heute drei Vorstellungen um 12, 5 und 7 Uhr.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute, sowie **jeden Dienstag:**
Stettiner Sänger

(**Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl** und **Schrader**).
Anfang **8** Uhr Entree **50** Pf.
Vorverkauf **40** Pf. in der Zigarrenhandlg. Neumann, Landsberger Thor.
Zum Schluß:
Finke's Schelmenstreiche.
Ensemble von Meysel.
Mittwoch:
Moabiter Stadttheater.

Lumpe-Gastspiel

Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Jeden Abend **8** Uhr die Novität: **Genovefa,** Pfalzgräfin am Rhein, oder: Ein schwer geprüftes Frauenherz. Grosses Ritterdrama in 5 Akten.

Circus Renz

Karlstrasse.
(Jubiläums-Saison 1896/97.)
Dienstag, den 9. Februar 1897,
Abends 7½ Uhr:
Extra-Vorstellung.
Aufführung der Novität:
Durchschlagender Erfolg!
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische Handlung. Von Direktor **Franz Renz** und dem großherzoglich hessischen Hofballetmeister **Aug. Siems.**
Außerdem die hervorragendsten Nummern des Repertoirs. 6 trakehner **Fuchshengste,** dress. und vorgef. v. Herrn **Hugo Herzog. Die vier Jahreszeiten.** Hohe Schule geritten von **4** Damen. Einfache u. doppelte **Baguettesprünge** über Hindernisse. ausgef. von 12 Ungarn. Auftr. der hervorragenden Akrobaten Herren **Michella** und **Sandro.**
Mittwoch, den 10. Februar, abends 7½ Uhr: **Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**

Circus Busch

Bahnhof Börse.
Dienstag, den 9. Februar 1897,
abends 7½ Uhr:
Elite-Vorstellung
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Ferner: Hippolog. Monstre-Tableau, Original-Massendressur des Direktors **Busch.** 4 arab. Schimmelhengste als Schaukelpferde, dressirt und vorgeführt vom Dir. **Busch.** Zanzibar, russischer Hengst, geritten von Herrn **Salamonski.** Auftreten der berühmten Schulreiterin Mme. **Maria Doré.** 100 Clowns, männliche und weibliche. **Hermanos Castagna,** excentrisch-musikalische Clowns. Spezialitäten 1. Ranges. Vorzügliche Clowns.
Morgen: **Nach Sibirien.**

Friedrich Wilhelmst. Theater.

Die Grille. Ländliches Gemälde in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Morgen: **Vor Sonnenaufgang.** Soziales Drama in 5 Akten von Gerhard Hauptmann. — In Vorbereitung: **Menschenfresser.** Schauspiel in 5 Akten von Max Wieland.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: **Das Käthchen von Heilbronn.** Romantisches Ritterschauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Feen-Palast, Burgstraße 22.

Direktion **Winkler & Fröbel.**
Täglich mit großem Erfolg!
Die urkomische Gesangposse:
Eine tolle Nacht.
Unter Mitwirkung von
Rich. Winkler u. **Wilhelm Fröbel.**
Dazu das unübertrefflich, brillante riesengroße
Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf. Reservirt 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Neues Programm!!!
Der kleinste Circus der Welt.
Neu! **Wasser-Pantomime.**
D. Entführg. a. d. Drachenschlucht.
Mr. Patty Antipode,
Lorch-Truppe,
Rose und Jules,
B'lack and White,
Geschw. Emilon,
Geschw. Gorelly,
Edi Blum
und **25** Elite-Nummern.

Concordia Variété-Theater

Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. Geschw. Carré, brillante Doppel-Jongleure.
Mira Vorrmann, die feische Soubr.
Otto Buddel, gefällt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten. Posse.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Giltigkeit.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstr. 42/43.
Art. Leiter: Kapellm. **Martin Stein.**
Kolossaler Erfolg
Broth. Clewers, Kunstschützen.
Robin & Bérat, Jongleure.
Barnum & Beilay, Zauberparodisten.
Freikarten behalten Giltigkeit.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree **30** Pf. **Die Direktion.**

Reinhold Streit

Naunyn-Strasse 86
empfiehlt Freunden u. Bekannten sein **Weiss- u. Bairischbier-Lokal. Vereinszimmer** bis 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.

Brockhaus, Meyer's Lexikon, Brehm, und alle and. wissenschaftl. Werke beleiht und kauft allerh. Preise. **Antiquariat Rosenthalerstr. 11/12.** Fernspr. III 8535.

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theatersaal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

Maskengarderobe.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178,
Adalbertstr. 91,
Ecke Oranienstraße.

Sophastoffe

auch **Reste**
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!**
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, **Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.**

Gardinen-Rester-Ausverkauf

feinerer Muster in weiß und crême zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager**
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Flur **(kein Laden).**
Neuheiten treffen täglich ein.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Masken

verleiht billig **Ferdin. Henke,** Dennewitzstr. 1. 3070b*

Achtung! Achtung!

Vereine!

Zur bevorstehenden Saison hält sich der Tanzlehrerverein „Solidarität" den werthen Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen. 200/1
Bestellungen bitte im Vereinslokal Annenstraße 16, sowie an den Unterzeichneten zu richten.
J. A.: **Richard Hartmann,** Vors., Schönhauser Allee 63.

Uhren u. Goldwaaren
Georg Wagner
Uhrmacher
Skalitzerstr. 126.
Reparaturen.

6 Pfund Brot für 50 Pfg.

liefert
Albrecht's Bäckerei,
Falckensteinstr. 28. Langestr. 26. Wrangelstr. 8. Lausitzerstr. 2.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,** **Neue Königstr. 17.** Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Musikautomat

en, staunend billig [1026L*
G. Schubert & Co.,
Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Kein Laden.)

Für 36 Mark

feinste Anzüge nach Maaß. Für 30 M. ff. Sommer-Paletot nach Maaß. Für 8—12 M. feinste Hosen nach Maaß. Gehrock-Anzüge zu billigsten Preisen. Groß-Stofflager. 9654*
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Ablauf-Oel

kauft zu höchsten Preisen. Offerten unter **Oel** an die Expedition dieses Blattes. 31145

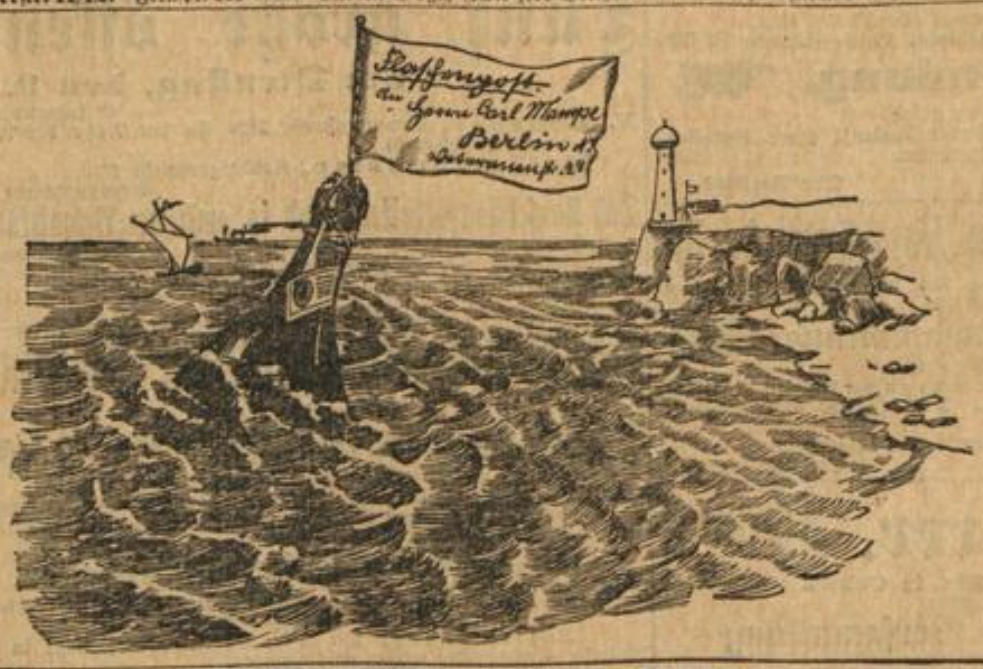
A. Schulz, Möbel- u. Polsterwaarenfabrik

gegründet 1878. 197L*
Reichenbergerstrasse 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
Sehr grosses Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nußb. u. Mahag. v. 240, 300, 400, 500, 600, 800 b. 10000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — **anerkannt** niedrigen Preisen — **Herren-Anzug-** und **Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Roellität!
Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kosten 3½ Met. schwarz, blau od. braun zu einem gediegenen Anzug **10 M.**
Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl.!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
Bitten **genau** zu adressiren.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)



Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade.
J. Brünn
Am Stadtbahnhof „Börse".
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz **aussergewöhnlich billigen Preisen** zum
Ausverkauf!

Am Sonnabend, 6. Februar, verstarb nach 2tägigem Krankenlager unser braver Genosse
H. Endrikatis.
Wir verlieren in ihm einen tüchtigen, opferbereiten Parteigenossen. 210/9
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltung Berlin).
Am Sonnabend, den 6. Februar, verstarb unser Kollege 114/19
Heinrich Endrikatis
nach langem Krankenlager an der Proletarierkrankheit. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes aus statt.
Der Vorstand.
J. A.: Friedr. Schlegel.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Mittheilung, daß unser Vater und Schwiegervater, der Putzer
Ernst Kahl
verstorben ist. 3151b
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmausfriedhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft, Freunden und Bekannten für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters **Hermann Faber** sage ich hiermit meinen tiefgefühlten Dank. Frau **Faber,** geb. Haspel nebst Kindern. 3152b

Danksagung.

Allen Genossen, Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten für die Betheiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sowie dem Gesangverein „Unverdrossen" für den schönen Gesang sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Albert Venzke, Former, nebst Kindern.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von **Robert Meyer,**
5799b* **No. 2. Mariannenstr. No. 2.**
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
Reelle Waare.
Franz Tutzauer, Tischlermeister, Blücherstr. 14.
Ganze **Wohnungs-Einrichtungen** in Nussbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.

Richard Babiel's

Restaurant
C., Rosenthalerstrasse 57.
Vereinszimmer für 50 u. 100 Personen sind für Montag, Mittwoch und Donnerstag frei. 9729*

Wäsche zum waschen und plätten im Hause sucht **Luise Grzeskowiak,** Solmsstr. 21, Hof 1 Tr. 3148b

Betten. Ein schöner Stand sof. für 20 M. Reichenbergerstraße 6, vorn 1 Tr. links. 3149b

Künstliche Zähne.

F. Stessens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Reisekoffer, Wäsche, Kleidungsstck., Regulat., Remontoituhr., Granatsch. sportb. Pfandl. Neanderstr. 6.

Arbeitsmarkt.

Eine gut eingerichtete Tischlerei für gute Möbel sucht zur weiteren Vergrößerung einen tüchtigen energischen Möbeltischler mit etwas Kapital als Sozius. Offerten unter Cb. 643 an die Expedition d. Bl. erbeten. 3150b

Leisten-Belegerinnen, geübte, werden verlangt bei **Deutsch u. Lachmann,** Dresdenerstr. 97. 3147b

Holzarbeiter!

In der Werkstatt von **Kraatz, Ruppinerstraße 5,** haben trotz gegentheiliger Erklärung seitens des Inhabers Lohnabzüge stattgefunden. Wir erwarten, daß die Kollegen auf diese Werkstatt achten. 81/19
Die Ortsverwaltung.

3 Zwicker auf Lederpantoff. verl. Seegert, Heinersdorferstr. 6. 3006b

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preußischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.